

LaG - Magazin

Griechenland: Am Rande des
deutschen Erinnerungshorizonts

01/2016

27. Januar 2016



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Griechenland 1936 - 1941: Faschistische Diktatur und Krieg mit der Achse.....	5
Griechenland 1941-1944: Okkupation durch die Achsenmächte und britische Intervention.....	8
Deutsche Besatzung Griechenlands - verdrängt und vergessen?.....	13
Griechenland: Unbeglichene deutsche Kriegsschuld/en.....	17

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Der „Fall Distomo“ im Unterricht.....	23
---------------------------------------	----

Empfehlung Fachbuch

Winter in Griechenland. Krieg, Besatzung und Shoah.....	24
Zeit der Bürgerkriege – Griechenland 1940-1950.....	26

Empfehlung Web

Historische Perspektiven der deutsch-griechischen Beziehungen.....	31
Distomo und erinnerungspolitisches Engagement.....	34
Reparationsforderungen Griechenlands an Deutschland – berechtigt oder nicht?.....	35

Empfehlung Lebensbericht

Damit es die ganze Welt erfährt. Von Saloniki nach Auschwitz und zurück.....	37
--	----

Empfehlung Film/DVD

Because of That War.....	41
„Ich sagte mir: Ich komme hier raus!“ Die Geschichte des Owadjah Baruch.....	42

Neu eingetroffen

„Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig.“ Hintergründe zu den Gräbern ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg.....	45
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur ersten Ausgabe des LaG-Magazins im neuen Jahr. Sie befasst sich mit Griechenland während des Zweiten Weltkrieges, der deutschen Besatzung und auch mit Fragen, die die verweigerten Entschädigungen von deutscher Seite für die begangenen Kriegsverbrechen und die Ausplünderung des Landes betreffen. Für das historische Lernen ist der letztgenannte Komplex relevant, da sich erinnerungskulturell das Bild etabliert hat, in Deutschland wäre die nationalsozialistische Vergangenheit mitsamt der Verbrechen besonders gut aufgearbeitet worden.

Am griechischen Beispiel zeigt sich, dass dieses Bild brüchig ist und somit ein anhaltender Auseinandersetzungsbedarf zum Umgang mit der deutschen Vergangenheit besteht. Die Auseinandersetzung mit den Brüchen in der bundesdeutschen Erinnerung an den Nationalsozialismus kann nebenher dem Eindruck entgegenwirken, es seien Immigrant_innen und Geflüchtete aus Krisenländern, denen als Erstes historisch-politische Bildung über Nationalsozialismus und Holocaust nahegebracht werden sollte, da dies ein demokratischer und zivilisatorischer Standard hierzulande sei. Vielmehr besteht die anhaltende Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dessen Wiedergängern in Gestalt von Neonazis und rassistisch-völkischen Bewegungen wie Pegida.

Einen ereignisgeschichtlichen Überblick geben zwei Aufsätze von *Heinz A. Richter*. Er führt in einem ersten Text in die Struktur der griechischen Diktatur unter Metaxas ein und schlägt einen Bogen über den italienischen Überfall auf Griechenland hin zur deutschen Besatzung. Der zeitliche Horizont sind hier die Jahre 1936 – 1941. Der zweite Text des Historikers widmet sich den Jahren 1941 – 1944. Hier steht der griechische Widerstand gegen die Besatzung im Mittelpunkt sowie die britische Intervention.

Christoph U. Schminck-Gustavus befasst sich mit der Erinnerung an die deutsche Besatzung mit einem Schwerpunkt darauf, wie sie einen Niederschlag in den Geschichtswissenschaften in Griechenland und Deutschland fand, beziehungsweise lange Zeit dies gerade nicht geschah.

Mit den griechischen Entschädigungsansprüchen und Aspekten der deutschen Verhinderung des Einlösen dieser Ansprüche sowie der mangelhaften Täterverfolgung setzt sich *Martin Schellenberg* am Beispiel des Massakers in dem griechischen Dorf Distomo auseinander. In einem zweiten Beitrag hat uns der Autor Anregungen zur Verfügung gestellt, wie der „Fall Distomo“ im Unterricht behandelt werden kann.

Für die Rubrik „Neu eingetroffen“ hat schließlich unsere Kollegin *Nadja Grintzewitsch* eine Rezension des Buches „Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig. Hintergründe zu den Gräbern

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg“ von *Carola S. Rudnick* beigesteuert.

Wir bedanken uns bei den Autor_innen für die gute Zusammenarbeit.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 27. Februar mit dem Titel „Bevölkerungstransfers und Zwangsmigration im Rahmen des Zweiten Weltkrieges“.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre,

Ihre LaG-Redaktion

Griechenland 1936 - 1941: Faschistische Diktatur und Krieg mit der Achse

Von Heinz A. Richter

Griechenland war in den Jahren 1923 bis 1936, als in dem Land die Diktatur von Metaxas begann, ähnlich instabil wie die Weimarer Republik. Die Regierungen wechselten ständig und das Militär putschte immer wieder. 1924 war Griechenland durch Parlamentsbeschluss eine Republik geworden. 1935 wurde König Georg II. durch ein massiv gefälschtes Plebiszit zurückgebracht. Im Januar 1936 fanden die für viele Jahre letzten nicht manipulierten Wahlen statt. Sie ergaben ein Patt zwischen den Konservativen und den Liberalen. Die Kommunistische Partei (KKE) wurde zum Zünglein an der Waage, zur Mehrheitsbeschafferpartei. Beide großen Parteien verhandelten mit ihr, doch als man kurz vor einer Lösung stand, putschte der Ex-General Ioannis Metaxas mit Zustimmung des Königs am 4. August 1936 und errichtete die Diktatur.

Mit dieser Zustimmung brach der König jenen Eid, den er auf die Verfassung geschworen hatte, eine Tatsache, die ihm die Griechen nie verziehen. Zugleich wurde er zum Ko-Diktator. Da die Streitkräfte ihm bedingungslos gehorchten, hätte er die Diktatur jederzeit beenden können, aber er fühlte sich in seiner Rolle als Ko-Diktator sehr wohl. Man könnte die griechische Diktatur auch als Duumvirat bezeichnen.

Die Kommunisten sprachen von Monarcho-Faschismus. In der einschlägigen deutschen

Literatur, von links wie von rechts, wird der faschistische Charakter des Regimes vom 4. August 1936 bestritten, weil es keine faschistische Massenpartei gab, wie in Deutschland oder Italien, obwohl alle übrigen Zutaten des Faschismus vorhanden waren. Es wurde nicht begriffen, dass es in Griechenland eine völlig andere politische Kultur auf der Basis des Klientelismus gab. Der griechische Klientelismus ist ein Gesamtsystem, das den gesamten Staat und die Gesellschaft durchdringt und bis heute prägend ist. Griechische Parteien unterscheiden sich von westeuropäischen grundlegend. Es sind Klientelverbände, die durch rousfettia (Gefälligkeiten) zusammengehalten werden. In einem klientelistischen System wäre eine Massenpartei systemfremd gewesen. Metaxas erklärt das Fehlen selbst in seinem Tagebuch im Januar 1941 folgendermaßen: Er habe gar keine Partei gebraucht, weil das ganze Volk Partei gewesen sei. Das ist Faschismus in einem klientelistischen System, Klientelfaschismus.

Klientelfaschismus gab es damals in den meisten Balkanstaaten, die üblicherweise als Königsdiktaturen bezeichnet werden. Wie stark der Klientelismus die ehemals osmanischen Provinzen auf dem Balkan prägt, zeigte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als z.B. in Rumänien ein System errichtet wurde, das man als klientelkommunistisch bezeichnen muss.

Während Metaxas große Sympathien für Hitler und Mussolini hatte, setzte der König auf die traditionelle Schutzmacht Großbritannien.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, blieb Griechenland zunächst neutral.

Mussolini verfolgte Hitlers Blitzkriegserfolge mit ständig größer werdendem Neid und trat kurz vor Hitlers Sieg über Frankreich in den Krieg ein. Aber die italienischen Truppen reüssierten weder in Frankreich noch in Nordafrika, und Mussolinis Frustrationsgefühle nahmen zu. Als er im Sommer 1940 erfuhr, dass Hitler Truppen nach Rumänien schicken würde, also in ein Gebiet, das er als in seiner Interessensphäre liegend betrachtete, beschloss er in einem Wutanfall, über Griechenland herzufallen. Hitler hatte nur ganz vage Informationen über Mussolinis Griechenlandpläne, sonst hätte er ihn sicher gestoppt, denn Hitler plante schon den Russlandfeldzug und wollte den Balkan ruhig halten.

Mussolinis Überfall auf Griechenland begann am 28. Oktober 1940 von Albanien aus und blieb nach wenigen Tagen stecken. Der griechische Gegenangriff trieb die Italiener bis weit nach Albanien zurück, und es bestand die Gefahr, dass sie ins Meer geworfen werden. In Panik bat Mussolini Hitler im Dezember 1940 um Hilfe. Da im Hochwinter eine militärische Intervention ausgeschlossen war, intervenierte Berlin diplomatisch. Man signalisierte Athen, dass, wenn die griechische Offensive gestoppt würde, man vermitteln werde und Griechenland könnte territoriale Gewinne erzielen. Metaxas glaubte Hitler und stoppte den griechischen Vorstoß. Als die italienische Front im Januar 1941 wieder stabil war, endeten die deutschen Vermittlungsange-

bote abrupt. Metaxas hatte seine Armee um einen Sieg gebracht.

Ende Januar 1941 starb Metaxas. Er hatte bis dahin die völlig inadäquate britische Hilfe (Eine australische und eine neuseeländische Infanteriedivision sowie eine englische Panzerbrigade) abgelehnt, weil er befürchtete, dass ihre Annahme nur einen deutschen Angriff provozieren würde. Es ging den Briten nicht um eine echte Hilfe, sondern um deren Eindruck auf den US-Kongress, der in dieser Zeit das Lend-Lease-Gesetz debattierte. Im Herbst 1940 musste Churchill US-Präsident Roosevelt mitteilen, dass binnen kurzer Zeit das Cash-and-Carry-Programm enden müsse, da England kein Geld mehr zur Verfügung habe. Roosevelt entwickelte daraufhin das Lend-Lease-Programm, das allerdings der Zustimmung des damals noch neutral eingestellten Kongresses bedurfte. Wäre während den Hearings im Kongress ein weiterer Staat, den die Briten 1939 garantiert hatten, von den Deutschen überrannt worden, ohne dass die Briten involviert gewesen wären, wäre die Verabschiedung des Lend-Lease-Gesetzes fraglich gewesen.

Churchill schickte Außenminister Eden nach Athen, um die Griechen zur Annahme der Hilfe zu nötigen. Um die angebotene Hilfe größer erscheinen zu lassen, wurden sogar Trosseinheiten zu kämpfenden Truppen erklärt. Der griechische Oberbefehlshaber Papagos erkannte dies und lehnte das Angebot ab. Auf Druck des Königs akzeptierte aber der griechische Premier die Hilfe, die weiterhin inadäquat war.

Es erhob sich die Frage, wo man Griechenland verteidigen sollte, in der sogenannten Metaxas-Linie gegenüber Bulgarien oder in der Gebirgsstellung vom Olymp nach Norden zur jugoslawischen Grenze. Papagos zögerte, seine Truppen in Makedonien nach Westen zu verlegen. Nur wenn Jugoslawien neutral bliebe, könne man die Metaxas-Linie verteidigen. Eden versprach, die Haltung der Jugoslawen zu erkunden und Papagos zu informieren. Erst wenn seine Antwort vorliege, würden die Truppen aus Makedonien zurückgezogen werden oder auch nicht. Eden vergaß, als er Belgrad besuchte, Papagos die Antwort der Jugoslawen zu schicken. Daher lagen die griechischen Truppen immer noch dort, als er nach einiger Zeit wieder in Athen auftauchte. Da der deutsche Angriff unmittelbar bevorstand, lehnte Papagos nun den Rückzug ab.

Damit war klar, dass die wenigen griechischen Divisionen allein den deutschen Angriff auf die Metaxas-Linie abwehren würden. Die britischen Kräfte würden die Vermion-Olymp-Position verteidigen. Wie aussichtslos das ganze Unternehmen war, zeigt sich schon daran, dass der britische Stab schon Rückzugspläne entwarf, bevor die ersten Truppen in Griechenland gelandet waren.

Es gab aber einen weiteren Faktor, der das ganze Unternehmen noch riskanter machte. Die Briten veranlassten die jugoslawische Armee zu einem Putsch gegen die deutschfreundliche Regierung. Der erfolgreiche Putsch veranlasste Hitler, auch noch Jugoslawien anzugreifen. Der Krieg mit

Jugoslawien ermöglichte der Wehrmacht zwei Umgehungsoperationen über jugoslawisches Gebiet. Die erste umging die Metaxas-Linie und zwang die Griechen nach drei Tagen zu Kapitulationsverhandlungen. Die zweite Operation erfolgte bei Bitola und hebelte die britische Verteidigungsstellung aus. Zwar unternahm die Wehrmacht doch noch einen Angriff auf die Metaxas-Linie zu "Trainingszwecken", der eigentlich sinnlos war. Der britisch-inspirierte Coup in Belgrad erleichterte die Eroberung Griechenlands durch die Wehrmacht.

Im April eroberte die Wehrmacht innerhalb von drei Wochen Griechenland (Operation Marita), um die Flankenbedrohung für den Russlandfeldzug, die Operation Barbarossa, zu beseitigen. Nach einer mehrwöchigen Pause folgte im Mai die Operation Merkur, die Eroberung Kretas in etwas mehr als einer Woche. Keine der beiden Operationen hatte irgendeinen Einfluss auf den Zeitplan von Barbarossa. Die in Griechenland bis heute verbreitete Behauptung, dass wegen des griechischen Widerstandes sich der Beginn des Angriffs um sechs Wochen verzögert habe, die dann beim Winterbeginn vor Moskau gefehlt hätten, weshalb Hitler den Krieg verloren habe, ist ein Mythos. Er wurde im Oktober 1941 vom englischen Außenminister Anthony Eden in einer Rede in die Welt gesetzt. Wer diesen Mythos jedoch öffentlich bezweifelt, wird in Griechenland auch von offizieller Seite kritisiert.

Nach der Eroberung Griechenlands wurde das Land in Besatzungszonen aufgeteilt. Da Hitler keinerlei Interesse an Griechenland

hatte und möglichst alle Truppen abziehen wollte, überließ er die Besetzung des Landes fast völlig den Italienern. Die Wehrmacht hielt das Gebiet um Saloniki und einen großen Teil Kretas sowie einige weitere strategisch wichtige Inseln und einen kleinen Teil Attikas besetzt. Bulgarien durfte Ostmakedonien und Westthrakien bis auf einen schmalen Streifen Landes entlang der türkischen Grenze besetzen, der in deutscher Hand blieb. Die Italiener zur Hauptbesatzungsmacht zu machen, erwies sich für die Deutschen als katastrophaler psychologischer Fehler, schließlich hatten die Griechen die Italiener in Albanien geschlagen. Dieser Fehlgriff musste geradezu Widerstand provozieren, der dann in der Tat wenige Monate später begann.

Die immer wieder zu lesende Behauptung, die deutschen Soldaten hätten bei der Besetzung Athens die Geschäfte geplündert, gehört in den Bereich der Legende. Allerdings machte die deutsche Industrie Beute an Bodenschätzen. Hitler schätzte Griechenland so sehr, dass er nach der Kapitulation den gefangenen Soldaten erlaubte, nach Hause zurückzukehren. Die Italiener wollten eigentlich größere Teile Griechenlands im Nordosten annektieren, was von der deutschen Seite verhindert wurde, indem man der Errichtung einer Besatzungsregierung unter General Tsolakoglou zustimmte.

Griechenland 1941-1944: Okkupation durch die Achsenmächte und britische Intervention

Von Heinz A. Richter

Nach der Eroberung Griechenlands überließ Hitler die Besetzung des Landes fast völlig den Italienern und Bulgaren, was Widerstand provozieren musste, schließlich hatten die Griechen die Italiener in Albanien geschlagen und die Bulgaren galten von jeher als Erbfeinde. Der Hungerwinter 1941 trug das seine zur Entwicklung des Widerstandes bei. Die Hauptgründe für den Hunger, waren 1.) die britische Blockade, die den Import von Brotgetreide verhinderte; Griechenland hatte immer Brotgetreide importieren müssen; 2.) die Unfähigkeit der italienischen Besatzungsmacht, Ersatz zu liefern; 3.) die Deutsche Gleichgültigkeit und 4.) schließlich innergriechische Probleme wie zerstörte Transportwege, eine Missernte, die Besetzung Ostmakedoniens und Westthrakiens durch Bulgarien usw. In Attika starben nach Angaben des Roten Kreuzes 30.000 Menschen an Hunger. Die bis heute immer wieder genannte Zahl von 300.000 ist übertrieben und stammt aus einer BBC-Propagandasendung aus der Kriegszeit. Erst die internationalen Hilfsaktionen 1942 verhinderten eine weitere Hungersnot.

Während des Hungerwinters tauchte zum ersten Mal eine Organisation des Widerstandes auf, die EA (Ethniki Allilengi - Nationale Solidarität), die versuchte, mit

Suppenküchen die Hungersnot einzudämmen. Die EA war eine Unterorganisation der EAM (Ethniko Apeleftherotki Metopo - Nationale Befreiungsfront).

Im Winter 1941/42 entstanden die Organisationsstrukturen des Widerstandes. Es gab im wesentlichen drei Widerstandsbewegungen: Die EAM, die EDES und die EKKA. Alle waren anfangs republikanisch orientiert. Die EAM war eine breite Bewegung, die alle progressiven Kräfte Griechenlands von den Linksliberalen bis zu den Kommunisten umfasste. Ihr bewaffneter Arm war die ELAS, die Nationale Volksbefreiungsarmee. Die ursprünglich ebenfalls republikanisch gesinnte EDES unter der Führung von Napoleon Zervas mutierte unter britischem Einfluss zu einem royalistischen Verband, was zu Unstimmigkeiten mit der EAM und im Winter 1943 schließlich zum Bürgerkrieg führte. Um von der ELAS nicht zerschlagen und aufgelöst zu werden, schloss der Chef der EDES, Napoleon Zervas, mit Wissen der Briten mit dem Kommandeur des XXII. Gebirgsarmee Korps, General Hubert Lanz, ein Stillhalteabkommen, das bis Juni 1944 von beiden Seiten eingehalten wurde. Die ebenfalls links orientierte EKKA wurde schon früh von der ELAS zerschlagen und ihr Anführer Psarros ermordet. Die Royalisten kollaborierten oder zogen sich ins Privatleben zurück. Royalistischen Widerstand gab es nicht.

Die erste große Aktion des Widerstands war die Sprengung der Gorgopotamos-Eisenbahnbrücke durch eine gemeinsame Aktion der ELAS und der EDES zusammen

mit einem britischen SOE-Kommando im November 1942. Es war die erste und letzte gemeinsame Aktion des Widerstandes.

Die EAM baute im Verlauf der Okkupation in den griechischen Bergen einen neuen Staat auf, der keinen Klientelismus kannte, da es nichts zu stehlen und zu verteilen gab. 1944 fanden freie Wahlen in den befreiten Gebieten für ein Parlament der Berge statt. Ein Komitee der Nationalen Befreiung (PEEA) wurde ins Leben gerufen, das die Funktion einer Regierung hatte. Das Parlament verabschiedete Gesetze. Kurzum, in den Bergen Griechenlands entstand ein neues Griechenland. Am Horizont zeichnete sich eine sozial gerechtere, europäisierte griechische Nachkriegsrepublik ab.

Die immer wieder bis heute zu hörende Ansicht, dass die EAM eine kommunistische Frontorganisation gewesen sei, ist falsch. Die griechische KP (KKE) hatte bei der Gründung der EAM in der Tat eine wesentliche Rolle gespielt, aber die EAM wurde nie zu einer Kreatur der KKE, dazu waren die in ihr vereinten progressiven Kräfte viel zu heterogen. Im Gegenteil, die EAM beeinflusste die KKE, die sich aus einer orthodoxen Kaderpartei zu einer freiheitlichen Massenpartei mit über 200.000 Mitgliedern wandelte und Ansichten vertrat, wie 30 Jahre später die Eurokommunist_innen.

Aber dieser zukünftige neue Staat würde eine Republik sein, sich außenpolitisch aus dem seit den 1860er Jahren bestehenden Klientelverhältnis zu Großbritannien

lösen und zu einem Bündnispartner auf Augenhöhe werden. Und genau hier begannen nun die Probleme. Premierminister Churchill konnte sich nicht vorstellen, dass eine griechische Nachkriegsrepublik weiterhin eine pro-britische Politik betreiben würde wie die Monarchie zuvor. Schon Anfang 1943 legte er fest, dass man die Monarchie in Griechenland restaurieren müsse, wenn nötig unter Gewaltanwendung. Im Sommer 1943 befahl er, Truppen zu diesem Zweck ständig in Bereitschaft zu halten.

Ratschläge britischer Verbindungsoffiziere bei den ELAS, die in eine andere Richtung wiesen, schlug er in den Wind. Für ihn waren die ELAS-Partisanen "miserable communist bandits". Da der deutsche Abzug auf sich warten ließ, konnte er die britische bewaffnete Intervention sorgfältig vorbereiten.

Als es im Frühjahr zu republikanischen Unruhen in den griechischen Exilstreitkräften kam, stilisierte Churchill diese in eine kommunistische Meuterei um und schlug sie mit Waffengewalt nieder. Anschließend wurden die Exilstreitkräfte von allen Republikanern und Anhängern der EAM gesäubert. Von nun an war die griechische Armee ein royalistischer, stramm antikommunistischer Verband. Damit war ein erstes innergriechisches Hindernis für die Restauration der Monarchie aus dem Weg geräumt. Doch galt es, auch außenpolitische Hemmnisse zu beseitigen.

Im Juli 1944 schloss Churchill mit Stalin das sogenannte Drei-Monats-Abkommen, wonach Rumänien in die sowjetische und Griechenland in die britische Interessensphäre fallen sollte. Da sich die Deutschen immer noch Zeit ließen, konnte er noch im Oktober mit Stalin das berühmte Prozentabkommen schließen, das den Balkan dauerhaft in Interessensphären aufteilte. Griechenland würde in der britischen Interessensphäre liegen, Bulgarien und Rumänien in der sowjetischen. Jugoslawien (50:50) würde neutral werden.

Die EAM war kompromissbereit. Im Frühjahr 1944 trat sie durch das sogenannte Libanon-Abkommen in die Exilregierung ein und im Sommer unterstellte sie die ELAS dem britischen Oberkommando. Im Oktober zogen die letzten Deutschen ab und die Exilregierung kehrte, begleitet von britischen Truppen, zurück. Da die EAM/ELAS neunzig Prozent des griechischen Staatsgebietes kontrollierte, wäre es für sie ein Leichtes gewesen, die Rückkehr der Exilregierung zu verhindern. Doch sie wollte das nicht; sie war kooperativ und kompromissbereit.

Erst Ende November entwickelte sich ein Konflikt über die zukünftige Armee. Die Regierung wollte die bisherigen Exilstreitkräfte beibehalten und mit diesen als Ausgangspunkt die neue Armee aufbauen. Die EAM befürchtete zurecht, dass daraus ein rechtsorientiertes, royalistisches Machtinstrument zur Unterdrückung der Linken und Republikaner entstehen werde und forderte daher, dass alle bisher

existierenden Kampfverbände, also sowohl die Exilstreitkräfte als auch die Verbände des Widerstandes aufgelöst werden sollten, und dass die neue Armee vollständig neu aufgebaut werden solle. Schließlich einigte man sich Anfang Dezember auf einen tragfähigen Kompromiss. Da intervenierte Churchill jedoch und verbot einen solchen. Aus Protest darüber traten die EAM-Minister geschlossen zurück.

Dies gab der anderen Seite freie Hand. Am 3. Dezember schoss die Polizei, die schon Metaxas und den Besatzungsmächten gedient hatte, eine nachgewiesenermaßen unbewaffnete Protestdemonstration auf dem Athener Syntagmaplatz zusammen. Peinlich war nur, dass dies vor den Augen der internationalen Presse geschah. Am nächsten Tag begann ein innergriechischer Bürgerkrieg, in den sich die Briten auf Churchills Befehl hin einmischten. Die britische Armee griff die Athener Reserve-ELAS an, die noch wenige Wochen zuvor gegen die Deutschen gekämpft hatte. Die aktiven Einheiten der ELAS befanden sich noch in den Bergen. Es entstand ein Krieg im Krieg, bei dem sogar die Royal Air Force zum Einsatz kam. Er dauerte über 30 Tage und fand gleichzeitig mit Hitlers Ardennenoffensive statt.

Es gab weltweit heftige Kritik; Intellektuelle und Schriftsteller protestierten lautstark. Präsident Roosevelt zeigte sich sehr ungehalten. Stalin aber schwieg.

Um die Kritiker_innen zum Schweigen zu bringen, flog Churchill an Weihnachten 1944 nach Athen. Er setzte durch, dass

Erzbischof Damaskinos zum Regenten ernannt wurde. Der König würde erst nach einem Plebiszit zurückkehren. Die EAM/ELAS zeigte sich nach wie vor kompromissbereit, aber dennoch gingen die Kämpfe noch bis zum 11. Januar weiter, als man einen Waffenstillstand schloss. Am 12. Februar wurde schließlich der Friedensvertrag von Varkiza unterzeichnet.

Der Vertrag von Varkiza war ein fairer Kompromiss, der den Weg für eine friedliche Nachkriegsentwicklung hätte öffnen können. Aber er wurde nicht eingehalten. Mit Billigung der Briten ging eine Woge des weißen Terrors über Griechenland, die die zum Zeitpunkt des deutschen Abzugs bestehenden Machtverhältnisse umkehrte. Angehörige des Widerstandes befanden sich Ende 1945 im Gefängnis oder waren in die Berge geflohen. Die Kollaborateure kontrollierten den Staat. Als der englische Botschafter Leeper diese Entwicklung stoppen wollte, rief ihn Churchill zurück: Kommunist zu sein sei ein größeres Verbrechen, als mit den Nazis kollaboriert zu haben. Um ihren Machtanspruch durchzusetzen, organisierte die griechische Rechte das sogenannte Parakratos, eine parallel zum Staat bestehende und von ihm kontrollierte Machtstruktur, die immer dann zum Einsatz kam, wenn die offiziellen staatlichen Sicherheitskräfte auf legalem Weg nichts mehr erreichen konnten. Das Parakratos beging dann die von der Rechten geforderten Morde. Daneben entstand eine rechte Untergrundarmee, die von Oberst Georgios Grivas, dem späteren Chef der

zypriotischen Befreiungsarmee EOKA, aufgebaut und kontrolliert wurde. Ihr Ziel war die Restauration der Monarchie und die Vernichtung des Kommunismus, wobei ihre Definition von Kommunismus jeden betraf, der oder die kein_e extreme_r Roylist_in war. Ihr Emblem war der griechische Buchstabe “X” (Chi).

Auch als Churchill im Sommer 1945 die Unterhauswahlen verlor und die Labour Party die Regierungsmehrheit erlangte, änderte sich nichts. Außenminister Bevin führte Churchills Politik fort. Er war genauso antikommunistisch eingestellt wie dieser. Ende 1945 stellte ein englischer Unterhausabgeordneter, der Griechenland besuchte, fest, dass das Land auf dem besten Weg sei, ein faschistischer Staat zu werden.

Die rechte Gewalt führte im Frühjahr 1946 zur Gegengewalt der Linken, ein Prozess der bis Sommer 1946 immer weiter zunahm und schließlich den großen Bürgerkrieg von 1946-1949 auslöste.

Über den Autor

Apl. Prof. Dr. Heinz A. Richter ist Historiker mit dem Schwerpunkt griechische Geschichte.

Deutsche Besetzung Griechenlands - verdrängt und vergessen?

Von Christoph U. Schminck-Gustavus

Als die deutsche Wehrmacht am 27. April 1940 in Athen einmarschierte, begann für das Land eine Schreckensherrschaft, die erst im Oktober 1944 endete. Unzählige Ortschaften wurden zerstört, zahllose Zivilist_innen im Rahmen von sogenannten "Sühnemaßnahmen" umgebracht. Dazu kam die gnadenlose Ausbeutung sämtlicher Ressourcen des Landes. Allein im Hungerwinter des ersten Besatzungsjahres sind nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 100.000 Menschen verhungert. Damals wurden jeden Morgen die nachts auf der Straße Gestorbenen eingesammelt und auf den Friedhöfen von Athen und Saloniki notdürftig beigesetzt. Bei ihrem Abzug hinterließ die Wehrmacht eine völlig zerstörte Infrastruktur. Das Land lag am Boden.

Die Schrecken jener Jahre sind in Griechenland bis heute unvergessen – anders als in der Bundesrepublik und im wiedervereinigten Deutschland. Erst im Februar 2014 hat der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich eines Staatsbesuchs bei einer Gedenkfeier in Lyngiádes, einem der vielen Märtyrerorte Griechenlands, öffentlich um Vergebung für die deutschen Kriegsverbrechen gebeten. Gauck zitierte in seiner Rede ein Zeugnis des Dorflehrers von Lyngiádes, Christos Pappás, der das Massaker nur um

Haaresbreite überlebt, aber seine vier Kinder verloren hatte. Der Lehrer berichtete, sein 9 Jahre altes Töchterchen Paraskeví habe ihn an jenem Sonntag aufgeregt geweckt: "Die Soldaten kommen den Berg hoch!" Er sei daraufhin sofort aus dem Dorf gerannt, habe seinem alten Vater noch zugerufen, er solle den Gebirgsjägern alles ausliefern, was sie von ihm verlangten. Er habe gemeint, nur die erwachsenen Männer sollten zum "Arbeitseinsatz" verhaftet werden, alte Leute, Frauen und Kinder, glaubte er, seien nicht in Gefahr. Tatsächlich wurden aber sämtliche Dorfbewohner an diesem Tag in die Keller ihrer Häuser getrieben und erschossen. Die ausgeplünderten Häuser steckten die Soldaten anschließend in Brand: Wer noch lebte, kam in den Flammen um – mit den Worten des Lehrers: "als Menschenkinder geboren – vom Feuer verschlungen" (zit. in: C.U. Schminck-Gustavus, "Feuerrauch. Die Vernichtung des griechischen Dorfes Lyngiádes am 3. Oktober 1943" 2013).

Über solche und ähnliche Untaten blieb in Deutschland lange ein Mantel des Schweigens gebreitet. Nur wenige Historiker waren es, die sich mit der deutschen Besatzungsgeschichte Griechenlands beschäftigten. Eine Ausnahme waren die Arbeiten von Hagen Fleischer. Mit diesem Thema in Berlin promoviert ("Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941-1944". 1986) war Fleischer viele Jahre lang Professor für neuere Geschichte an der Universität Athen.

Auch in Griechenland ist die Besatzungszeit lange Zeit wissenschaftlich unbearbeitet geblieben: Die Erinnerung an die Schrecken des blutigen Bürgerkriegs, der auf die deutsche Besatzung folgte, hatte das Thema im öffentlichen Bewusstsein überlagert. Nach dem Ende der Obristendiktatur waren zumeist nur Heldenerinnerungen zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung veröffentlicht worden.

Dies hat sich seit einigen Jahren jedoch geändert: die Arbeiten von Mark Mazower, Heinz A. Richter, Eberhard Rondholz und Herrmann Frank Meyer haben ein neues Licht auf die dunklen Jahre Griechenlands geworfen. Frank Meyer, dessen Vater von griechischen Partisanen umgebracht worden war, hat sich in jahrelangen Recherchen zuerst mit der Aufklärung des Schicksals seines Vaters ("Vermisst in Griechenland", 1992) und anschließend mit den Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger in Griechenland ("Von Wien nach Kalávryta. Die blutige Spur der 117 Jäger-Division durch Serbien und Griechenland" 2002 und "Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg", 2008) beschäftigt.

Alle diese Schreckenstaten der deutschen Besatzung sind in der Bundesrepublik niemals bestraft worden. Sämtliche Ermittlungen wurden von den Staatsanwaltschaften ergebnislos eingestellt und die Beschuldigten außer Verfolgung gesetzt. Eberhard Rondholz hat diese verschütteten Verbrechen aus dem Morast des historischen Bewusstseins wieder ans Licht befördert ("Blutspur in Hellas. Die lange

verdrängten deutschen Kriegsverbrechen im besetzten Griechenland, in: Choregia 2012). Zwar ist der Tatbestand des Mordes seit einiger Zeit ein Delikt, das niemals der Verjährung unterliegt, aber von den Tätern lebt heute praktisch keiner mehr.

Auch in Griechenland haben jüngere Historiker wie Strátos Dordánas neuerdings größere Arbeiten vorgelegt, die sich auf die Auswertung von Archivmaterialien stützen, was nicht einfach war, weil in der Zeit der Junta-Diktatur viel Archivmaterial unwiederbringlich im Reißwolf gelandet ist; die neueren Arbeiten griechischer Historiker_innen stützen sich daher vor allem auf Wehrmachtsdokumente aus dem Militärarchiv in Freiburg. In Italien, das bis zur Waffenstillstandserklärung der Badoglio-Regierung (8. September 1943) ebenfalls in Griechenland als Besatzungsmacht von deutschen Gnaden tätig war, lässt eine kritische historische Aufarbeitung des Themas noch immer auf sich warten.

Nun hat die griechische Schuldenkrise im Januar 2015 eine Linksregierung an die Macht gebracht, die mit dem spektakulären Versprechen einer radikalen Kehrtwende angetreten war. So ist jetzt auch das Thema der griechischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland erneut auf die politische Tagesordnung gekommen. Zwar hat keine einzige der griechischen Nachkriegsregierungen das Thema jemals für erledigt erklärt; gleichwohl war der Zeitpunkt für seine Neuauflage angesichts der astronomischen Staatsverschuldung des Landes und der abenteuerlichen

Misswirtschaft der Vorgänger-Regierungen denkbar ungünstig.

Zwar hatte bereits die Pariser Reparationskonferenz von 1946 die deutschen Kriegsschulden gegenüber Griechenland in Milliardenhöhe beziffert. Auf der Londoner Schuldenkonferenz von 1953 war es dann aber Hermann Josef Abs, dem Beauftragten der Adenauer-Regierung und späteren Chef der Deutschen Bank, gelungen, bei den Alliierten die Vertagung der deutschen Kriegsschulden gegenüber Griechenland auf die Zeit nach Abschluss eines Friedensvertrages durchzusetzen. Dies hat man damals damit begründet, dass die Reparationsfrage nicht allein Angelegenheit des westdeutschen Teilstaates sein könne. Gleichzeitig wurde der Bundesrepublik ein Schuldenschnitt in Milliardenhöhe gewährt, um den Wiederaufbau des Landes und seiner Wirtschaft zu ermöglichen. Dies war der Beginn des anschließenden Wirtschaftswunders, mit dem die Bundesrepublik im Klima des kalten Krieges als Bollwerk gegen die Bedrohung aus dem Osten aufgebaut werden sollte.

Aber die niemals geleisteten Reparationen sind noch nicht einmal die einzige offene deutsche Kriegsschuld gegenüber Griechenland; als Rechtsnachfolgerin des "Dritten Reichs" schuldet die Bundesrepublik Griechenland auch die Rückzahlung eines dem Land während der Besatzungszeit zwangsweise auferlegten Kredits in Milliardenhöhe. Die Rückzahlung dieses Zwangskredits für die Besatzungskosten hatte seinerzeit selbst die NS-Verwaltung

anerkannt, und die ersten Tilgungsraten sind vom "Dritten Reich" sogar noch vor Abzug der Wehrmacht an Griechenland geleistet worden.

Wenn mithin die Frage der Reparationen und deutschen Kriegsschulden gegenüber Griechenland offen war, so konnte es auch nicht verwundern, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands nach Lösungen gesucht werden musste. Durch das Londoner Schuldenabkommen war das Thema ja nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern auf die Zeit nach dem Abschluss eines Friedensvertrages vertagt worden. Völkerrechtlich betrachtet stellt der sogenannte "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" einen solchen Friedensvertrag dar. Warum er jedoch nicht als solcher bezeichnet worden ist, kann man in den Memoiren von Hans Dietrich Genscher nachlesen, der als einer der damals maßgeblichen Architekten des Vertrages sich der Tatsache rühmt, dass der Vertrag nicht "Friedens-", sondern "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" genannt wurde, weil sonst die Vertagungsabrede aus dem Londoner Schuldenabkommen wieder wirksam geworden wäre, die das wiedervereinigte Land mit unübersehbaren Reparationsforderungen konfrontiert hätte. Die Angst vor dem "F-Wort" war also der eigentliche Grund für die sonderbare Namensgebung dieses Vertrages. Konsequenterweise haben sich von da an auch alle deutschen Regierungen auf den Standpunkt gestellt, die Frage der deutschen Kriegsschulden sei jetzt "erledigt".

Dies hat freilich Argýris Sfountoúris, einen Überlebenden des Massakers von Dístomo, nicht davon abhalten können, in jahrelangen Prozessen durch alle Instanzen die Bundesrepublik auf Wiedergutmachung zu verklagen. Er hatte sich als Vierjähriger mit seinen Schwestern im Garten seines Elternhauses versteckt und so überlebt. Einer der deutschen Soldaten, der keine Kinder erschießen wollte, hatte ihnen einen Wink gegeben sich zu verstecken. Als Kriegswaise in der Schweiz aufgewachsen, war Sfountoúris als Astrophysiker, Mathematik-Lehrer, Übersetzer und Entwicklungshelfer tätig. Obwohl der Areopag als oberstes griechisches Gericht der Sammelklage von 290 Dístomo-Überlebenden stattgegeben hatte, ist es de facto nie zu einer Entschädigung gekommen; auch das parallel in der Bundesrepublik geführte Verfahren der Geschwister Sfountoúris ist bis zum Bundesgerichtshof, dem Bundesverfassungsgericht, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag geführt worden, aber erfolglos geblieben: Reparationen können nicht von Individuen gegenüber Staaten eingeklagt werden, sondern müssen zwischenstaatlich verhandelt werden (völkerrechtliches Prinzip der Staatenimmunität).

Dass dies noch jemals geschehen wird, erscheint unwahrscheinlich, aber Argýris Sfountoúris hat seine Erfahrungen in dem Dokumentarfilm von Stefan Haupt "Ein Lied für Argýris" (2006) und in seinem

Buch "Trauer um Deutschland" (2015) dargestellt.

Über den Autor

Christoph U. Schminck-Gustavus ist Professor für Rechts- und Sozialgeschichte an der Universität Bremen. Von ihm liegen zahlreiche Veröffentlichungen und Bücher zu Kriegsschicksalen im Zweiten Weltkrieg vor, die auch in Griechenland, Italien und Polen erschienen sind.

Griechenland: Unbeglichene deutsche Kriegsschuld/en

Von Martin Schellenberg

„Erinnerung kann aber nur beginnen, nachdem man die Ereignisse wahrgenommen hat, die ganze Wahrheit des Geschehenen angenommen hat. [...] Distomo ist zum Symbol geworden. Zum Symbol dafür, dass Deutschland noch immer in der Schuld der Opfer steht [...] Aber die deutschen Regierungen sind gegenüber den Opfern noch immer Rechtsbrecher. Die Rücksichtslosigkeit der deutschen Politik ist eine logische Fortsetzung der Plünderungen durch die Nazis [...] Macht- und Bereicherungsgier können nie ersatzlos gestrichen werden. [...] Aber Deutschland weigert sich zu verhandeln, es will die Null-Lösung diktieren.“

Argyris Sfountouris, 2002

Dieser Tage wird im Deutschen Bundestag und andernorts aus Anlass des 27. Januars, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, wieder von der Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen im Nationalsozialismus die Rede sein. In Bezug auf die Anerkennung der NS-Verbrechen in Griechenland kann bisher jedoch lediglich von folgenlosen Lippenbekenntnissen einzelner Akteure gesprochen werden. 70 Jahre lang zielte und zielt die Politik der Bundesrepublik aller Regierungen auf die Verjährung materieller Ansprüche seitens der Überlebenden und Hinterbliebenen, sowie auf die Verhinderung von Reparationen an Staaten, die von Deutschland angegriffen wurden.

Im Zusammenhang mit der sogenannten Schuldenkrise Griechenlands gelangte im März 2015 die langjährige Forderung des griechischen Staates nach Reparationen für deutsche Kriegsverbrechen und Kriegsschäden sowie nach Rückzahlung einer Zwangsanleihe erneut in die Schlagzeilen. Die seitens der griechischen Regierung erhobenen Ansprüche wurden durch die Bundesregierung zurückgewiesen. Aber aus Teilen der SPD und in der Presse waren kurzzeitig Stellungnahmen zu vernehmen, die einen Handlungsbedarf auf deutscher Seite einräumten. Leider ist diese Debatte seither wieder verebbt. Um welche Verbrechen geht es?

Deutsche Verbrechen und verschiedene griechische Entschädigungsansprüche

Zunächst scheint es wichtig, verschiedene deutsche Verbrechen und griechische Entschädigungsforderungen zu unterscheiden, die auch in der Presse oft undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Es lassen sich vier Ebenen von materiellen Ansprüchen Griechenlands oder griechischer Opfer aus dem Zweiten Weltkrieg benennen:

Erstens geht es um Kriegsschäden und Kriegsverbrechen, die Reparationen nach sich ziehen. Im Falle der deutschen Besatzung Griechenlands sind diese Schäden erheblich, da Deutschland unmittelbar nach dem Überfall auf Griechenland am 6. April 1941 damit begann, alle Industriegüter, Lebensmittel und

Rohstoffreserven hemmungslos auszubeuten; es sicherte die Besatzung durch Terror und Zerstörung und die Wehrmacht war schließlich vor dem Rückzug bestrebt, die gesamte griechische Infrastruktur zu vernichten. Es wurden allein ca. 350.000 Wohnhäuser zerstört, so dass 1 Mio. Griech_innen in der Folge obdachlos wurden (das ist ca. ein Siebtel der Vorkriegsbevölkerung). Hierfür wurden niemals Reparationen gezahlt.

Zweitens hat Deutschland der griechischen Kollaborationsregierung 1942 einen Zwangskredit aufgezwungen, u.a. um seinen Afrikafeldzug zu finanzieren. Die daraus resultierenden deutschen Kredit-schulden wurden kurz vor Kriegsende durch das Auswärtige Amt auf 476 Mio. RM beziffert. Heute wird diese Schuld seitens der griechischen Regierung auf 11 Mrd. Euro veranschlagt. Die Bundesregierung weigert sich jedoch, diese Kreditschulden zurück-zahlen, obwohl der NS-Staat bereits damit begonnen hatte.

Drittens wurden Teile der griechischen Bevölkerung Opfer rassistischer und antisemitischer Verfolgung und Ermor-dung. Ca. 58.000 Juden wurden gewaltsam verschleppt und in den Vernichtungslagern ermordet. Die Opfer wurden enteignet und mussten teilweise ihre Fahrkarten in den Tod selbst zahlen. Geringe Entschädi-gungszahlungen wurden hier an einzelne Überlebende gezahlt, aber die Deutsche Bahn lehnt z.B. bis heute die Forderung der Jüdischen Gemeinde Thessaloniki auf Rückzahlung des Fahrgeldes ab.

Viertens geht es um griechische Bürger_innen und Gemeinden, die Opfer von Repres-salien, sogenannten Vergeltungsaktionen und Massakern von Wehrmacht und SS geworden sind. Über 1.500 Dörfer und Städte wurden geplündert, zerstört und teilweise niedergebrannt. So liefen Män-ner, die bei Partisanendurchsuchungen in den Orten verblieben waren, Gefahr, als Geiseln verschleppt und später hingerichtet zu werden. Wer flüchtete, wurde dagegen oftmals an Ort und Stelle als Partisan hingerichtet. Auch Frauen, Kinder und Alte wurden vielerorts ermordet. Die For-schung geht von über 90.000 „Geiseln“ und über 50.000 in den Dörfern und Städten selbst Ermordeten aus. Zu diesen Opferzah-len mussten auch noch die über 100.000 Verhungerten und die politisch Verfolgten hinzugezählt werden, wie u.a. die mehreren Zehntausend durch die SS in Konzentra-tions- und Vernichtungslager verschleppten Menschen.

Das Massaker in Distomo im Juni 1944 – ein Beispiel des Raubzugs

Eine dieser zerstörten Ortschaften war Distomo, das heute wegen der Klage von Hinterbliebenen über Griechenland hin-aus zu einem Symbol geworden ist. Eine Kompanie des unter dem Befehl der Wehr-macht kämpfenden SS-Polizei-Panzer-grenadier-Regiments 7 war am 10. Juni 1944 in Distomo, um in der Umgebung die Straßen von Partisanen freizukämpfen. Nachdem eine Durchsuchung Distomos erfolglos blieb, brach eine Kolonne Richtung Stiri auf und wurde unterwegs

von Partisan_innen angegriffen. Drei Deutsche kamen bei der folgenden Schießerei ums Leben, weitere vier erlagen später ihren Verletzungen. Da sich die Partisan_innen zurückzogen, verübten die deutschen Soldaten bei ihrer Rückkehr nach Distomo ein grausames Massaker. Am Dorfplatz erschossen sie 60-70 Personen, dann rückten sie in private Häuser aus und ermordeten alle, die sie unterwegs antrafen. 218 Menschen, darunter Säuglinge, Schwangere und Greise fielen einer grausamen Racheaktion zum Opfer. Die Täter schlitzten teilweise noch die Leichen auf, brannten die Häuser aus und erschossen das Vieh auf den Feldern.

Unter den wenigen Überlebenden war der fast vierjährige Argyris Sfountouris, der sich verstecken konnte und fortan ohne Eltern weiterleben musste. 1995 verklagte er mit 296 Hinterbliebenen die Bundesrepublik vor dem Landgericht Levadia. Wie war es nach solch langer Zeit zu dieser Klage gekommen? Warum hatten die Opfer bis dato keine Entschädigung seitens Deutschlands erhalten?

Deutsche Politik der Verhinderung von Entschädigungen und Täterverfolgung

Bereits im sogenannten Geiselmordprozess der Nürnberger Nachfolgeprozesse wurde der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Griechenland Helmut Felmy unter Verweis auf das Massaker von Distomo verurteilt, das das US-amerikanische Gericht im Urteil 1948 als „einwandfreien,

berechneten Mord“ bezeichnete. Die Staatsanwaltschaft München folgte 1972 dieser Definition trotz eindeutiger Aktenlage nicht, sondern stellte ein Verfahren gegen die Täter wegen Verjährung ein.

Lange Zeit vermieden deutsche Politiker und diplomatische Vertretungen grundsätzlich die Verwendung des Verbrechensbegriffs, um damit verbundene Entschädigungsansprüche zu entkräften. Mehr noch, die deutsche Diplomatie verhinderte über Jahrzehnte erfolgreich, dass Entschädigungen überhaupt geltend gemacht werden konnten. Zwar hatten im Rahmen der „Pariser Reparationskonferenz von 1946“ die Westalliierten die Verteilung der Auslandsguthaben und Industrieanlagen für die westlichen Besatzungszonen unter den ehemaligen, westlichen Kriegsgegnern geregelt. Die Reparationen für kriegs- und besatzungsbedingte Schäden wurden dabei auf 7,1 Mrd. USD für Griechenland beziffert. Zu einer Umsetzung der Beschlüsse kam es jedoch nie.

Unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Krieges billigten die Westalliierten der Bundesrepublik im Rahmen des „Londoner Abkommens über deutsche Auslandsschulden“ 1953 einen Zahlungsaufschub für sämtliche Forderungen zu, die ehemals von Deutschland besetzte Länder aus dem Zweiten Weltkrieg erheben konnten. Damit wurden sämtliche Reparationsfragen bis zum Abschluss eines endgültigen Friedensvertrags vertagt.

Griechenlands Forderungen betreffend verweist die Bundesrepublik Deutschland außerdem immer wieder auf eine einmalige Zahlung von 115 Mio. DM in Folge eines deutsch-griechischen Abkommens von 1960, das Entschädigungen für griechische Opfer vorsah, die „rassistisch“, religiös und politisch verfolgt wurden. Als Gegenleistung hatte die Bundesregierung eine Amnestie für deutsche Kriegsverbrecher verlangt. Die bereits in den frühen 1950er Jahren begonnenen Verhandlungen waren aber erst unter dem Druck der Verhaftung Max Mertens in Griechenland 1960 zu einem Abschluss gekommen. Mertens hatte 1942-44 als deutscher Militärverwalter u.a. die Deportation und Enteignung der Juden aus Thessaloniki unterstützt. Mertens durfte nach dem Abkommen zurück nach Deutschland reisen. Das den Griechen zugesagte Verfahren gegen ihn wurde wenige Jahre später eingestellt.

Die Bundesregierung behauptet bis heute, dass mit dieser Zahlung von 1960 sämtliche Reparationsansprüche Griechenlands abgegolten seien, was schlichtweg falsch ist. Die Entschädigungszahlungen 1960 galten nur einem kleinen Teil der Opfer und waren vergleichsweise niedrig. So waren z.B. für die Opfer der zerstörten Dörfer laut Abkommen explizit keine Zahlungen vorgesehen. Auch allgemeine Kriegsschäden sollten erst Gegenstand zukünftiger Reparationsverhandlungen sein, wie im Londoner Abkommen festgelegt.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 wäre Deutschland verpflichtet

gewesen, Reparationsverhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern aufzunehmen. Die deutsche Diplomatie vermied hier jedoch geschickt die Bezeichnung „Friedensvertrag“. Alle Kriegsteilnehmer, außer den Besatzungsmächten, waren zudem von der Verhandlung ausgeschlossen. Hatte man auf deutscher Seite bis 1990 die Verhandlung von Reparationen für verfrüht gehalten, berief sich die Bundesregierung ab 1990 auf eine Verjährung jeglicher Reparationsansprüche, da sie mit dem Zwei-plus-Vier Vertrag alle Kriegsfolgen als erledigt ansah. Ein Zeitfenster zur Aushandlung materieller Folgen des Zweiten Weltkriegs hat es somit für die überfallenen und besetzten Staaten nie gegeben.

Den Opfern blieb nach 1990 nur der gerichtliche Weg

1994 wandte sich Argyris Sfountouris mit einer Anfrage an die deutsche Botschaft in Athen, ob für die Opfer des Massakers von Distomo eine Entschädigung vorgesehen sei, und erhielt im Januar 1995 eine ablehnende Antwort, die zudem den Verbrechensbegriff vermied und stattdessen von „Maßnahmen im Rahmen der Kriegsführung“ sprach. Daraufhin reichte er mit anderen vor dem Landgericht Levaldia eine Entschädigungsklage ein. Während eine parallele Klage in Bonn scheiterte, sprach das griechische Gericht den 296 Kläger_innen 1997 eine Entschädigung von 28 Mio. Euro plus Zinsen zu.

Gegen das Urteil von Levaldia erhob die Bundesrepublik vor dem Areopag, dem

obersten Gerichtshof Griechenlands, den Einwand der Staatenimmunität, der jedoch dort 2001 nicht standhielt, so dass der Anwalt der Kläger_innen die Zwangsversteigerung des Goethe Instituts, des Deutschen Archäologischen Instituts und der deutschen Schule in Athen und Thessaloniki betrieb. Der griechische Justizminister ließ auf Druck der Bundesregierung die Zwangsvollstreckung stoppen. Gegen diese Entscheidung wandten sich die Kläger_innen an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg, der darauf verwies, dass die Kläger_innen das Urteil in einem anderen Land vollstrecken könnten.

Die Klage Argyris Sfountouris und seiner drei Schwestern in Deutschland ging durch alle Instanzen vom Landgericht Bonn über das Oberlandesgericht Köln bis zum Bundesgerichtshof, der 2003 entschied, dass nach der 1944 geltenden Rechtslage aufgrund des Krieges als Ausnahmezustand keine Amtshaftung Deutschlands für das Verhalten seiner Bediensteten geltend gemacht werden könne. Das Bundesverfassungsgericht machte sich 2006 ebenfalls die Anschauung zu eigen, dass es sich im Falle Distomos nicht um NS-Unrecht, sondern um dem Grunde nach erlaubte Vergeltungsmaßnahmen gehandelt habe, somit keine individuelle Haftung für Opfer bestehe.

Gegen diese deutschen Urteile – die aus Sicht der Opfer die Verbrechen rechtfertigten – wandten sich die Geschwister Sfountouris an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der jedoch 2011

keinen Verstoß gegen die Menschenrechte feststellen konnte.

Als erfolgreicher erwies sich für die Kläger_innen der Weg, auf Vollstreckung des Urteils in Italien zu klagen. 2004 hatte nämlich der italienische Kassationsgerichtshof in einem aufsehenerregenden Urteil den deutschen Einwand der Staatenimmunität für die Entschädigung eines ehemaligen italienischen Zwangsarbeiters zurückgewiesen. Ähnlich entschied dieses Gericht auch 2008 im Falle Distomos und erklärte, dass Staatenimmunität für Verbrechen gegen die Menschheit nicht gelte. Damit war der Weg zu Vollstreckungsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum in Italien offen.

Erwartungsgemäß folgt Deutschland nicht der internationalen Rechtsprechung, sondern wandte sich an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, obwohl dieser für solche Fälle gar nicht zuständig ist. Trotzdem wurde die Klage angenommen und auch die italienische Regierung zog mit. Zwar griff sie nicht in die Rechtsprechung ein, setzte aber per Dekret vorübergehend alle Vollstreckungen aus. Der internationale Gerichtshof gab der Klage Deutschlands 2012 schließlich statt und folgte der deutschen Rechtsauffassung in Bezug auf Staatenimmunität. Er stellte damit die NS-Opfer rechtlos, die zu dem Verfahren selbst nicht zugelassen waren.

Italien setzte allerdings bereits rechtskräftige Urteile wie das im Falle Distomos nicht außer Kraft. Die Bundesrepublik

machte jedoch von dem Recht Gebrauch, rechtskräftige Urteile wieder neu aufzurollen. Das wiederum befand das italienische Verfassungsgericht im Oktober 2014 für unzulässig, weil in Fällen schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit der Zugang zu den Gerichten gewahrt sein müsse. Dem schloss sich auch der Kassationsgerichtshof in Rom im März 2015 im Fall Distomo an. Damit ist das Urteil von Levadia von 1997 heute in Italien wieder vollstreckbar. Tatsächlich hat der Anwalt der Kläger_innen deutsches Eigentum gepfändet, ob und wann die Vollstreckung erfolgt, scheint nun aber erneut eine Frage von Macht zu sein.

Ausblick

Zwar zeigen sich in den letzten Jahren deutsche Repräsentanten wie Bundespräsident Joachim Gauck auf Gedenkfeiern in den sogenannten „Opferdörfern“ in Griechenland, sprechen von Verantwortung und legen Kränze nieder. Aber es stellt sich seitens der Hinterbliebenen berechtigterweise die Frage, ob diese von Deutschland einseitig beschworene „Versöhnung“ nicht nur den Rechtsfrieden für Deutschland erwirken soll. Die Bundesrepublik vertrat und vertritt die Auffassung, dass individuelle Entschädigungsansprüche gegen Staaten eine Gefährdung der Nachkriegsordnung darstellen. Wer jahrelang das in den 1940er Jahren geltende Recht als Argument gegen Entschädigungen angeführt hat, den Verbrechensbegriff vermieden hat, diplomatisch und juristisch das Recht des

Stärkeren durchgesetzt hat und Täter vor der Verurteilung bewahrt hat, steht zu Recht unter dem Verdacht, sich eher in einer Linie mit den Täter_innen zu sehen als mit den Opfern. Verantwortung für die Zukunft würde aber die Opfer und ihre Rechte – auch Ihr Recht auf individuelle Entschädigungsklage für Verbrechen gegen die Menschheit – ins Zentrum stellen. An den griechischen Opfern der NS-Verbrechen und ihren Angehörigen gibt es deshalb keinen Weg vorbei. Verantwortung für die Vergangenheit hat auch eine materielle Seite.

Über den Autor

Martin Schellenberg ist Leiter der Pädagogischen Dienste der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Der „Fall Distomo“ im Unterricht

Von Martin Schellenberg

Das Thema Erinnerungskultur ist Teil des Lehrplans mehrerer Bundesländer. Am Beispiel Distomos und Griechenlands zeigt sich die politische Aktualität und Relevanz der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte bis in die Gegenwart. Aufgrund der Komplexität des Themas hier ein paar Literatur- und Quellenempfehlungen für die Einarbeitung in das Thema sowie zur Verwendung im Unterricht:

Als Einstieg könnte ein 4-Minütiger Clip aus der ZDF-Sendung „Die Anstalt“ vom 31.3.2015 dienen, in dem auch Argyris Sfountouris auftritt.

Argyris Sfountouris Aufsatz „Weshalb Versöhnung?“ lässt nachvollziehen, warum aus Sicht der Opfer die Anerkennung der Verbrechen nicht in folgenloser Versöhnungsrhetorik verweilen darf. Der Text ist Teil seines soeben erschienenen Buches „Trauer um Deutschland“, das auch faksimilierte Dokumente zu den deutschen Verbrechen enthält.

Anhand von Dokumenten im Katalog der zweiten „Wehrmachtssausstellung“ kann die Frage erarbeitet werden, welche „Repressalien“ gegen die Zivilbevölkerung schon zu NS-Zeiten als Kriegsverbrechen nach deutschem und internationalem Recht zu bewerten waren.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Auf www.tagesschau.de gibt es ein knappes Dossier zu den Hintergründen der griechischen Entschädigungsklagen und dem Zwangskredit. Detailliert ist die Geschichte der Nicht-Entschädigung im Fall Distomo bei Klingner und Krüger nachzulesen.

Viele Presseartikel zu Entschädigungsfragen werfen Themen und Begriffe durcheinander oder verzerren diese. Der Arbeitskreis Distomo begleitet die Klage der Überlebenden seit vielen Jahren und dokumentiert die Diskussionen.

Über den Autor

Martin Schellenberg ist Leiter der Pädagogischen Dienste der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Winter in Griechenland. Krieg, Besatzung und Shoah.

Von Anne Lepper

In der inzwischen fast nicht mehr überschaubaren Forschungsliteratur zum Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg, bildet Griechenland und das Schicksal der griechisch-jüdischen Bevölkerung sowie jenes der nicht jüdischen Dorfbevölkerung und der als Partisanen in den Bergen Kämpfenden bis heute einen blinden Fleck. Kaum Berichte und Erzählungen von Überlebenden haben Eingang in die wissenschaftliche Forschung oder die Erinnerungskultur Deutschlands genommen und nur wenige wissenschaftliche Arbeiten bemühen sich um eine zusammenhängende und umfassende Darstellung. Mit seinem Buch „Winter in Griechenland. Krieg, Besatzung, Shoah. 1940 – 1944“ hat sich der Autor Christoph U. Schminck-Gustavus deshalb einem bisher kaum erforschten Thema angenommen.

Auf Forschungsreise in Griechenland

Bereits Ende der 1980er Jahre reiste Schminck-Gustavus im Rahmen seiner Recherchen mehrfach nach Griechenland, angetrieben durch ernüchternde Auseinandersetzungen mit ehemaligen Angehörigen von Wehrmacht und SS, die in der Bundesrepublik in verschiedenen Funktionen nach wie vor einflussreiche Positionen einnahmen und damit die politische Bildung der nachfolgenden Generation maßgeblich zu beeinflussen vermochten.

Auf seiner Suche nach Informationen und Berichten von Zeitzeug_innen und Überlebenden, die die Geschehnisse in Griechenland aus griechischer Perspektive wiedergeben konnten, fokussierte sich Schminck-Gustavus jedoch nicht auf die großen Städte wie Athen oder das im Norden gelegene Thessaloniki, in dem sich vor der Shoah mit rund 70.000 jüdischen Bürgerinnen und Bürgern die größte jüdische Gemeinde des Balkan befunden hatte. Stattdessen reiste der Historiker nach Ioannina, die Provinzhauptstadt der Épirus-Region, in dem er – nicht zuletzt aufgrund bestehender persönlicher Verbindungen – schnell Kontakte knüpfte und Gesprächspartner_innen fand, die bereit waren, mit ihm über ihre Erinnerungen zu sprechen.

Besatzung, Widerstand, „Sühnemaßnahmen“ und Deportation

Das Buch, das aufgeteilt ist in vier Kapitel, zeichnet ein sehr subjektives, und dadurch auch sehr heterogenes Bild von der Zeit des Zweiten Weltkrieges in Ioannina und Umgebung aus der Perspektive verschiedener Bürgerinnen und Bürger der Region. Das Leben in Griechenland und insbesondere in der Épirus-Region, war gezeichnet von den verschiedenen Macht- und Regierungsstilen jener, die das Land ab 1940 besetzten. Nachdem das faschistische Italien bereits im Oktober 1940 erfolglos versucht hatte, Griechenland zu besetzen, plante die Wehrmacht ab Herbst 1940 einen Angriff auf den Balkan. Im April 1941 eroberten die Nationalsozialisten in ihrem

Balkanfeldzug innerhalb weniger Tage zuerst Jugoslawien und schließlich auch Griechenland. Die Épirus-Region, und damit auch ihre Hauptstadt Ioannina, fiel nach der Kapitulation Griechenlands unter italienische Besatzungshoheit. Die italienischen Truppen beschlagnahmten zahlreiche, vor allem herrschaftliche Häuser der Stadt, pflegten jedoch insgesamt einen gemäßigten Besatzungsstil. Auch die jüdische Gemeinde der Stadt wurde – anders als die Juden Athens oder Thessalonikis – von Verfolgungsmaßnahmen weitgehend verschont. Als jedoch im September 1943 Italien den Waffenstillstand mit den Alliierten erklärte, ersetzen Wehrmachtstruppen die italienische Besatzungsmacht. Unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen begann die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Außerdem führte die Wehrmacht in der albanischen Grenzregion, in der nicht allein aufgrund der Nähe zur Front schon seit Beginn der Besatzung zahlreiche Partisaneneinheiten aktiv waren, bereits kurz nach ihrem Eintreffen regelmäßig „Sühnemaßnahmen“ durch, die der Abschreckung und der Einschüchterung der Bevölkerung dienen sollten. Zahlreiche Bergdörfer wurden abgebrannt, „Verdächtige“ mit drastischen Maßnahmen bestraft. Viele jener, deren Häuser und Hütten im Rahmen solcher Maßnahmen zerstört worden waren, kamen aus den Bergen in die Stadt und zogen in die zahlreichen Häuser die leer standen, nachdem ein Großteil der jüdischen Bevölkerung am

25. März 1944 nach Auschwitz deportiert worden war. Nur ein verschwindend kleiner Teil der jüdischen Gemeinde Ioanninas, der vor der Besatzung etwa 2.000 Menschen angehört hatten, überlebte den Holocaust. Wenige kamen nach Ioannina zurück und noch weniger waren dazu bereit, nach dem Krieg über das Erlebte zu sprechen.

Die Methode der Oral History

In seinem Buch bedient sich Schminck-Gustavus der klassischen Oral History-Methode. Statt selbst die Geschichte zu erzählen, lässt er also die verschiedenen Zeitzeug_innen zu Wort kommen, die er im Rahmen seiner zahlreichen Reisen zu den Vorgängen in ihrer Heimat während des Zweiten Weltkriegs befragt hat. Die Publikation bewegt sich entlang der Interviews, die Schminck-Gustavus geführt hat, und die dadurch auch in gewisser Weise die Struktur des Buches vorgeben. Es entsteht dadurch eine Art Puzzle, das sich beim lesen sukzessive entfaltet. Zwar bilden die einzelnen Kapitel eine Zuordnung zu verschiedenen Themenbereichen, diese werden jedoch immer wieder verlassen, wenn die Interviewten das Gespräch selbst in eine bestimmte Richtung lenken. So handelt das erste Kapitel, das auf mehreren Gesprächen des Autors mit einer alten Frau aus einem Bergdorf nahe Ioannina und ihrem Sohn basiert, weitgehend von den „Sühnemaßnahmen“ der Nationalsozialisten, in deren Rahmen zahlreiche Dörfer der Umgebung abgebrannt wurden, darunter das Dorf der Befragten. Doch auch hier werden punktuell bereits die Themen angesprochen,

die schließlich in den folgenden Kapiteln schwerpunktmäßig behandelt werden. Da die Mutter und ihr Sohn, nachdem ihr Dorf niedergebrannt war, in ein „Judenhaus“ in der Stadt zogen, streifen sie im Interview wie von selbst auch die Deportationen, sowie den Besatzungsalltag in der Stadt. Immer wieder kommt Schminck-Gustavus dann auf die Themen zurück und zeigt, insbesondere durch die sehr unterschiedliche Darstellung der Vorgänge durch seine Gesprächspartner_innen, dass die Wahrnehmung von Krieg, Besatzung, Widerstand und Verfolgung als höchst subjektiv und heterogen bezeichnet werden muss. Nicht nur aufgrund der ausführlichen und differenzierten Darstellung eines bisher weitgehend unbehandelten Themas muss die Publikation Schminck-Gustavus‘ deshalb als wichtiger wissenschaftlicher Beitrag und Zeitdokument bezeichnet werden. Auch die Herangehensweise, die auf eindrucksvolle Weise die selbstreflexiven und dialektischen Möglichkeiten der Oral History aufzeigt, macht das Buch zu einer empfehlenswerten Lektüre.

Zeit der Bürgerkriege – Griechenland 1940-1950

Von Gerit-Jan Stecker

Blutige innere Machtkämpfe zwischen rechtsgerichteten und republikanischen Gruppen erschütterten Griechenland noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Bürgerkriege resultierten zu großen Teilen auch aus der deutschen Besatzung von 1941 bis 1944. Gezielt spalteten und destabilisierten die Okkupanten den griechischen Widerstand - mit langen Nachwirkungen für das Land. Davon ist in der Bundesrepublik wenig bekannt. Die einzige deutschsprachige Gesamtdarstellung dieser Ereignisse stammt vom Historiker Heinz A. Richter. Aus seiner 2012 erschienene Publikation mit dem Titel „Griechenland 1940-1950. Die Zeit der Bürgerkriege“ aus der Reihe „PELEUS Studien zur Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zyperns“ geht hervor, welche schwerwiegenden politischen Folgen – zusätzlich zu den dem Hunderttausenden Opfern, den Zerstörungen und der wirtschaftlichen Ausbeutung – die deutsche Besatzung für das Land hatte.

Noch während seiner Nachforschungen, die er 1967 begann, bekam Richter diese Folgen zu spüren. Im Vorwort beschreibt er seine Begegnungen mit verschiedenen Protagonisten der Bürgerkriegszeit. Bis auf die wenigen nicht-stalinistischen, nicht inhaftierten Kommunisten berichteten diese ihm nicht nur ihre jeweilige parteipolitische Version der Ereignisse (z. B. vom „Antibanditenkrieg“ gegen linke Kräfte oder

davon, dass es keinen Abkommen zwischen Churchill und Stalin gegeben habe), sondern sie behinderten auch die Nachforschungen.

Drei Bürgerkriege

Richter beschreibt drei griechische Bürgerkriege in den 1940er-Jahren: 1943-44 zwischen der royalistischen Widerstandarmee EDES und der republikanischen Résistance EAM/ELAS, die liberale bis kommunistische Kräfte einschloss; die Schlacht um Athen („Dekemvriana“) 1944, in der britische Truppen intervenierten, um die republikanischen Verbände zu entwaffnen und den großen Bürgerkrieg 1946-49, in dem wieder an die Macht gelangte rechte Kräfte und Marodeure das Land von der vermeintlichen kommunistischen Bedrohung zu säubern versuchten. Die involvierten politischen Gruppen waren sehr heterogen; insbesondere spielte Churchills Antikommunismus eine große Rolle und sein Bestreben, eine langfristige probritische Herrschaft in Griechenland zu erhalten. Doch diese konnte der britische Premier sich nur mit antidemokratischen, royalistischen Kräften vorstellen. Den gesamten ereignis-, diplomatie- und militärgeschichtlichen Verlauf bis zur deutschen Besetzung schildert Richter sehr ausführlich. Er benennt zahlreiche Akteure, ihre Verwicklungen und Interessen.

Vorgeschichte: Mussolinis Überfall und deutscher Einmarsch

Ende Oktober 1940 überfiel Italien das seit 1936 faschistische Griechenland unter Metaxas von Albanien aus, dass es

zuvor schon unterworfen hatte. Es gab keine koordinierte Aktion der Achsenmächte Italien und Deutschland, jedoch scheiterte der italienische Überfall, Griechenland konnte sogar zum Gegenangriff übergehen. Deutschland marschierte vorrangig deswegen in den Balkanstaat ein, so Richter, um die besetzten Erdölfelder in Rumänien zu schützen. Mit falschen Vermittlungsangeboten ermöglichte es zunächst die Regeneration von Mussolinis Truppen. Vor dem Hintergrund komplexer diplomatisch-militärischer Manöver Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Mittelmeerraum marschierten NS-Deutschland in Jugoslawien und dem verbündeten Bulgarien ein; am 5. April 1941 erklärten es Griechenland den Krieg. Am 27. April fiel Athen in deutsche Hände, Großbritannien evakuierte sein Truppen. Schließlich brachen deutsche Luftlandtruppen die britische Verteidigung Kretas. Die Besetzung wurde unter Italien, Bulgarien und Deutschland aufgeteilt.

Besatzung und erste Folgen

Während der Besatzung gewannen progressive – linke bis liberale – Kräfte an Einfluss gegenüber den traditionellen, klientelistischen Oligarchien, die die Kollaborationsregierung stellten und den nationalsozialistischen Besatzungsmacht eher wohlwollend gegenüberstanden. Deutsche Spezialeinheiten, u.a. unter Leitung von Unternehmen wie Krupp, der Deutschen und der Dresdner Bank, beeilten sich beim Aufspüren und Abtransport kriegswirtschaftlich wichtiger Güter den italienischen Besatzern zuvor zu kommen.

Mit dem Beginn der Besetzung verschlechterte sich sofort die Nahrungsversorgung. Griechenland war schon länger von Getreideimporten abhängig. Nachdem Großbritannien eine Seeblockade verhängte und weder italienische, noch bulgarische, noch deutsche Okkupanten gegen die Nahrungsmittelknappheit vorgehen wollten, fielen im Winter 1941 etwa 90.000 Tote einer Hungerkatastrophe zu Opfer. Es dauerte lange, bis Hilfslieferungen zugelassen wurden.

Résistance und das „freie Griechenland“

Es folgt eine detaillierte Darstellung der einzelnen Strömungen, Aktionen und Konfliktlinien innerhalb des Widerstands. Liberale und linke Kräften bestimmten anfänglich die sich schnell formierenden Widerstandsbewegung. Ihre Ziele – Demokratie und soziale Gerechtigkeit – gingen über den Kampf gegen die Besatzungsmächte hinaus. Weil die Besatzungsaktivitäten sich zuerst auf die Städte konzentrierten, entfaltete die Résistance ihre politischen und militärischen Strukturen, die sogenannten Andarten, in den Bergen. Dort erhielt sie viel Unterstützung von der Bevölkerung. In den Städten beschränkte sie sich zunächst auf Streiks, dann Spionage und Sabotage.

Schon bis Herbst 1942 brachten die Andarten große Teile der italienisch besetzten Bergregionen unter ihre Kontrolle. Angriffe auf deutsche Stellungen vermieden sie. Sie errichteten einen, so Richter, basisdemokratischen Staat in den Dörfern,

fürten moderne Kommunikationsmittel ein, schufen Dorfgerichte, Selbstverwaltung und kulturelle Einrichtungen wie z.B. Theater.

Terror und „Spaltung der griechischen Welt“ 1941

Wie die deutsche Besatzung organisiert, personell und behördlich verwaltet wurde, zeichnet Richter ebenfalls mit größter Genauigkeit nach: die Schritte, die bis zur Vernichtung des griechischen Judentums führten, von der Versklavung für Baumaßnahmen der Wehrmacht im Frühsommer 1942, die zusätzliche „Besatzungskosten“ kompensieren sollte, über die Erpressung einer Ablösesumme von zwei Milliarden Drachmen (etwa 10.000 Goldpfund) für die Überlebenden der Zwangsarbeit von der jüdischen Gemeinde Thessalonikis, bis zur fast restlosen Zerstörung des griechischen Judentums.

Zwar verteilte das italienische Konsulat großzügig italienische Staatsbürgerschaften an die griechischen Juden und versuchte, sie in ihren Zonen zu schützen. Nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 marschierte jedoch die Wehrmacht in diese Gebiete ein. Zudem wollten sich nicht wenige italienische Truppen dem republikanischen Widerstand anschließen, wie etwa auf der Insel Kefalonia. Deutsche Divisionen schlugen diese Aufstände blutig nieder, die italienischen Überlebenden kamen meist zur Zwangsarbeit an die Ostfront oder in spezielle Lager.

Gleichzeitig förderten die deutschen Besatzungsbehörden die Entstehung der

royalistischen Kampfverbände EDES. Diese sahen ihren Hauptfeind im vermeintlichen Kommunismus, den sie in den republikanischen Andarten der EAM/ELAS ausmachten – mit dem Resultat einer „Spaltung der griechischen Welt“ (S. 75).

Hitler befahl trotzdem die Vernichtung der Partisanenverbände, nachdem griechische Andarten im Rahmen der britischen „Operation Animals“ deutsche Einheiten angegriffen hatten. Zwar erkannte die Haager Landkriegsordnung (HNO) Partisanen nicht als Kombattanten an. Die deutschen Besatzer exekutierten jedoch auch „Verdächtige“ und angebliche „Helfer“, brannten „partisanenverdächtige“ Dörfer nieder und nahmen Geiseln. Für einen getöteten Wehrmachtssoldaten wurden zehn Geiseln erschossen. Die Angst vor dem Terror sollte jegliche Unterstützung für die Résistance ersticken. Die Bevölkerung von Dörfern wie Distomon wurden von Wehrmacht und SS niedergemetzelt, allein weil in der Nähe dieser Orte Partisanen aktiv waren. Doch führten solche „Vergeltungsaktionen“ gerade dazu, dass sich immer mehr Dorfbewohner_innen den Partisanen anschlossen.

Abzug deutschen Besatzung und Beginn der Bürgerkriege

Die deutsche Führung reagierte im Herbst 1943 mit „Partisanenjagdverbänden“, die gezielt auf wichtige Figuren der Résistance angesetzt wurden. Und ein Geheimdienst – unter der Leitung des späteren österreichischen Bundespräsidenten Kurt Wald-

heim – infiltrierte die Widerstandsgruppen. Dieser trug massiv dazu bei, den Bürgerkrieg zwischen der republikanischen EAM/ELAS und der royalistischen EDES zu entfesseln. Dazu gehörte die Kooperation mit rechten Kampfverbänden wie PAS und Chi und die Aufstellung von griechischen „Sicherheitsbataillonen“ zur Partisanenbekämpfung. Diese standen zwar England nahe, konnten jedoch die Partisan_innen in den Städten persönlich identifizieren. Langfristig wirkte sich jedoch die deutsche antikommunistische Spaltpropaganda aus. Unter anderem lancierte Waldheims Geheimdienst ein gefälschtes „Abkommens von Petritsi“ über die Gründung einer Balkan-Sowjetunion, das später immer wieder von rechten Kräften genutzt und um weitere Fälschungen ergänzt wurde. Als die Rote Armee Rumänien befreite und daraufhin die britischen Verbände ihre bisherige Zurückhaltung beendeten, bereitete im August 1944 die deutsche Besatzungsmacht den Abzug vor. Nun schien sich die Propaganda von der „kommunistischen Gefahr“ zu bestätigen: Aus Angst um die demokratischen Errungenschaften im griechischen Bergland, griff im Dezember 1944 die republikanische EAM/ELAS die antidemokratische EDES an – der erste Bürgerkrieg begann.

In der Folge intervenierte Großbritannien und bekämpfte mit royalistischen Milizen die EAM/ELAS, obwohl diese sich in diesen Jahren kompromissbereit zeigte wie keine andere Gruppierung. Schließlich resultierte aus der Schwächung der demo-

kratischen Kräfte, die maßgeblich auch auf schwerwiegende politische Fehler des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Nicos Zachariadis, zurück zu führen war, der brutale, „einseitige“ Bürgerkrieg und „Weiße Terror“ (S. 462) der faschistischen Kräfte gegen alle als kommunistisch Denunzierten in den Jahren 1946 bis 1949.

Fazit

Umfangreich und detailliert schildert Heinz A. Richter die Machtkämpfe in Griechenland von der Ko-Diktatur Metaxas und König Georg II. 1936 über die Besatzung durch die Achsenmächte bis zu den demokratischen Wahlen 1950 vorm Hintergrund des Kalten Krieges. Der Band „Griechenland 1940-1950. Die Zeit der Bürgerkriege“ zeigt, dass die deutsche Besatzung nicht nur unzählige Opfer kostete, ganze Welten auslöschte, sondern auch langfristige politische Folgen hatte. Er eröffnet damit Einblicke und Deutungslinien, die etwa von der verbreiteten Wahrnehmung der Blockkonfrontation zwischen demokratischem Westen und undemokratischen Bolschewismus abweichen. Richter weist nach, wie wenig die westlichen Bündnispartner an einer griechischen Demokratie interessiert waren, während die linken griechischen Kräfte keine Diktatur nach sowjetischem Vorbild anstrebten und daher wenig mit ihr kooperierten. Eine ausklappbare Karte und viele Abbildungen ergänzen einen aktuellen Quellenapparat.

Richters Anspruch, durch eine „differenzierte nüchterne Faktenanalyse“ (S. 132) zur historischen Deutung zu gelangen, führt zu

interessanten Aspekten: So zeigt er, wie oft es möglich war, dass deutsche Offiziere und Befehlshaber sich über Führerbefehle hinwegsetzten. Etwa sollten beim Abzug Städte wie Athen zerstört werden – was nicht umgesetzt wurde. Auf der anderen Seite mutet es jedoch etwas merkwürdig an, wenn Richter das „Fazit“ zieht: Es sei trotz der vielen Massaker und „Vergeltungsaktionen“ nicht angemessen, die aus deutsche Okkupation aus Gründen der „Political Correctness“ „verallgemeinernd ... zu eine(r) omnipräsenten täglichen deutschen Schreckensherrschaft“ umzudeuten (S. 131). Denn der griechische Widerstand habe auch gegen Kriegsrecht verstoßen, etwa durch Morde an Kriegsgefangenen. Da mag die Faktenfülle die analytischen Relationen ein wenig verzerren, wenn Richter argumentiert, dass die deutschen Fehler zuerst darin bestanden, die Besatzung den griechischen „Erbfeinden“ Bulgarien und Italien zu überlassen. Und im allgemeinen seien die Repressalien Folgen von „Terror der Partisanen“ (S. 132) gewesen. Dennoch ein gut lesbares, erhellendes Buch für alle, die mehr erfahren wollen über Griechenlands Geschichte und seiner Rolle in Europa.

Literatur

Heinz A. Richter: Griechenland 1940-1950. Die Zeit der Bürgerkriege (PELEUS Studien zur Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zyperns, Bd. 59), (2012) Verlag Franz Phillip Rutzen Mainz Ruhpolding, 484 S., 144 Abb., 49,00 €

Historische Perspektiven der deutsch-griechischen Beziehungen

Faust und Helena zeugten in arkadischen Hain ihren Sohn Euphorion, 1832 besteigt Prinz Otto von Bayern den Thron des unabhängigen Griechenlands, im Zuge des Wirtschaftswunders entdecken Deutsche ihr Urlaubsparadies in den Ägäis – Philhellenismus und Sehnsucht nach dem Balkanstaat hat in Deutschland eine gewisse Tradition. Auch viele der Wehrmachtsoffiziere, die 1941 Griechenland brutal unterwarfen, waren humanistisch gebildet; Wehrmachtssoldaten fotografierten sich vor der Akropolis. Die Nationalsozialisten betrachteten sich jedoch, in den Worten Alfred Rosenbergs, als wahre Erben der „herrliche(n) Rassenseele, die einst die Pallas Athene und den Apoll schuf“. Die modernen Griechen seien dagegen zu einem „Sauvolk der Schieber, Nichtstuer und Korrupteure“ geworden [zit. n. M. Gogos], ein Bild, das nicht weit entfernt scheint von jenem der „Pleitegriechen“, deren grausame Wirtschaftskrise in den Augen vieler Deutscher durch Faulheit und Korruption selbst verschuldet, und deren EU-Mitgliedschaft durch gefälschte Zahlen erschlichen sei. „Betrüger in der Euro-Zone“ titelte etwa das Magazin Focus im Oktober 2010. Umgekehrt sehen manche Griechen Deutschland als „ewigen Besatzer“, einst durch militärische, in Zeiten der griechischen Staatsschuldenkrise durch wirtschaftliche Stärke. So begrüßt die auflagenstarke griechische Sonntagszeitung Proto Thema Kanzlerin Merkel im Oktober

2012 mit einem „Heil!“.

Im Unterricht der Sozialkunde, Politik, Geschichte und Deutsch ließen sich verschiedene historische Fragen nach deutsch-griechischen Beziehungen stellen. Von der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus könnte seine Auswirkung und Bedeutung in der Gegenwart diskutiert und Bezüge zu aktuellen, breit rezipierten Themen hergestellt werden. Die Europäische Union, die Euro-Zone und deren Krisenpolitik wäre mit Blick auf ihre historischen Grundlagen zu behandeln. Auch im Rahmen beispielsweise einer Faustlektüre böte es sich an, Fragen nach Kontinuität, Bruch und Relevanz des historischen Verhältnisses zwischen Deutschen und Griechen zu entwickeln.

Kontinuitäten und Brüche

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat 2014 ein [Online-Dossier](#) mit dem Titel „Deutsch-Griechische Beziehungen“ veröffentlicht. Die Texte im Pfad Zeitgeschichte behandeln verschiedene Aspekte in einer grob chronologischen Reihenfolge: vom Philhellenismus und der Entstehung des griechischen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts über die wechselseitigen literarischen Beziehungen, die deutsche Besatzungszeit und das sephardische Saloniki, die griechische Arbeitsmigration, den Kampf gegen die Obristendiktatur in den Sechziger- und Siebzigerjahren und den Griechenlandtourismus bis zur sozialen Realität im heutigen Griechenland einschließlich der erbärmlichen Situation von

Migrant_innen. Eingebettet werden diese Beiträge in zwei Essays von Manuel Gogos, in denen er zeigt, wie heute Wandel, Grausamkeiten, aber auch ein hoffnungsvoller Blick in eine gemeinsame europäische Zukunft die deutsch-griechischen Perspektiven prägen.

Deutsche Besatzungszeit und Kriegsverbrechen

Die Erfahrung der deutschen Besatzungszeit beschreibt Hagen Richter, Prof. für Neue Geschichte an den Universitäten Kreta und Athen. Im April 1941 eilt die Wehrmacht dem Achsenpartner Italien zu Hilfe, das trotz seiner militärischen Überlegenheit Griechenland nicht unterwerfen konnte. Den ungebrochenen Widerstand konfrontieren die Deutschen mit brutalen so genannten Sühnemaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung, „die in nicht-slawischen Ländern unerreicht bleibt“ (Richter). Ortsnamen wie Kommeno, Klissura und Distomo stehen für Massaker an Frauen und Kindern. Zehntausende wurden in Konzentrationslager wie Chaidari oder als Sklaven ins „Reich“ deportiert und dabei akribisch von den Nazis gelistet – nicht in diesen Listen erfasst sind die 60.000 ermordeten griechischen Juden und Jüdinnen, die weit über 100.000 Hungertoten, die Opfer sich ausbreitender Epidemien.

Zugleich stärken die Besatzer antikomunistische nationalistische Kräfte, die im Gegensatz zur kommunistisch dominierten Befreiungsfront EAM stehen. Damit sind der auf den Zweiten Weltkrieg folgende

Bürgerkrieg und die griechische Militärdiktatur wesentlich von der deutschen Okkupation beeinflusst.

Trotz ihrer Schreckensbilanz, trotz massiver Raubwirtschaft und Zerstörung durch die Deutschen plädiert die neue Athener Regierung für die Integration Westdeutschlands in NATO und Europarat, um den Kampf gegen den Kommunismus zu verstärken; als erste Regierung laden sie Bundespräsident Heuss zum Staatsbesuch. Bevor Deutschland sich 1961 von den so genannten Weststaaten zu 115 Mio. DM pauschale „Wiedergutmachung“ gegenüber einem Teil der griechischen Opfer gezwungen sieht, erklärt sich die Bundesrepublik nur zu einer Anleihe bereit. Die Bedingung: Der griechische Staat muss den Rechtsanspruch auf die Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher an Westdeutschland übertragen. Dieses klagt daraufhin keinen einzigen an. Weitere Reparationsforderungen will die Bundesrepublik offiziell erst zahlen, wenn der Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland unterzeichnet wird; inoffiziell arbeitet das Auswärtige Amt auf die Verjährung dieser Forderungen hin. Die Rückzahlung der von den Nazis erhobenen Zwangsanleihe berechnete ein Expertenteam auf ca. 10 Mrd. Euro. Mit der deutschen Verdrängungsstrategie gegenüber der Kriegsverbrechen bricht erst 1987 Bundespräsident von Weizsäcker, gefolgt von Gaucks Bitte um Verzeihung für die Besatzungsverbrechen im Jahr 2014. Dennoch steht der politische Druck, den die Bundesrepublik heute auf Griechenland

ausübt, noch immer in kaum vermittelten Gegensatz zu den vielfältigen Hinterlassenschaften der deutschen Besatzung in Griechenland.

Saloniki, eine verlorene Welt

Zu diesen gehört das Auslöschen des sephardischen Saloniki. 1492 sind die spanischen und portugiesischen Juden, die „Sephardim“, gezwungen, das Land zu verlassen. Der Osmanische Sultan heißt sie willkommen, die Sepharden bringen vielfältige Erfahrungen im Handwerk mit. Im 16. Jahrhundert deckt das Osmanische Reich seinen Bedarf an Stoffen weitestgehend durch jüdische Webereien aus Saloniki. Saloniki wächst zum zentralen Knotenpunkt des Balkanhandels und zu einem Zentrum jüdischer Dichtung und Wissenschaft. Juden bilden die Bevölkerungsmehrheit der multiethnischen Großstadt. David Ben Gurion, der Staatsgründer Israels, berichtet 1910/11: „Ich sah etwas Außergewöhnliches, (...) eine jüdische Stadt“, in der eine vor allem auf dem mittelalterlichen Kastilisch basierende Sprache gesprochen wurde. Diese Welt ist untergegangen. Zwischen März und August 1943 deportiert ein SS-Sonderkommando 46.000 Juden aus Saloniki in die Vernichtungslager Treblinka und Auschwitz-Birkenau. Im heutigen Thessaloniki leben noch 1.200 Juden; die Grabsteine des jüdischen Friedhofs wurden zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt verwendet, nirgends im Stadtbild findet sich ein Hinweis darauf.

Implementierung im Unterricht

Das bpb-Dossier „Deutsch-griechische Beziehungen“ bietet sinnvolle Anregungen insbesondere für Diskussionen im Unterricht, die historische Dimensionen aktueller politischer Kontroversen nicht ausblenden oder herunterspielen wollen. Die unterschiedlichen, zum Teil besser durch politische und ökonomische Interessenlagen als durch nationale Befindlichkeiten zu begreifende Sichtweisen werden gut herausgearbeitet. Die ans Dossier angeschlossenen Debattenbeiträge können den Unterricht unterstützen, wenn etwa unterschiedliche Positionen zur Rolle Deutschlands und Griechenlands in der Euro-Krise herausgearbeitet werden sollen.

Web

<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/griechenland/>

Distomo und erinnerungspolitisches Engagement

Aus mehreren Gründen steht das griechische Bergdorf Distomo für die gegenwärtige Bedeutung der NS-Geschichte in Europa: Insbesondere das Urteil des Landgerichts Livadia 1997 rief die Aktualität der Verbrechen einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein, als es den Kindern der Ermordeten von Distomo Recht gab, und die Bundesrepublik zur Entschädigungszahlung von 37,5 Millionen Euro verurteilte. Zudem erinnern die in Distomo stattfindenden Gedenkveranstaltungen stellvertretend an die vielen, durch „Vergeltungsmaßnahmen“ ermordeten Bewohner_innen anderer Orte und an die unzähligen zerstörten Dörfer.

Das Webangebot www.distomo-griechenland.de liefert damit einen sinnvollen Einstieg, um sich im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II zum Thema Erinnerungskultur bzw. -politik am konkreten Beispiel einzuarbeiten (etwa nach der Anregung von M. Schellenberg in diesem Heft). Die Website ist den von den Massakern der deutschen Besatzungstruppen Betroffenen gewidmet. Und das sind Überlebende und deren Nachkommen, „die durch die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands eine unsägliche Last der Erinnerung aufgebürdet bekommen haben“, wie Jürgen Rompf schreibt, der das Webangebot betreut, und so auch ein Beispiel für geschichtspolitisches Engagement und zivilgesellschaftliches

Verantwortungsbewusstsein bietet.

Die Startseite tritt emotional und nüchtern zugleich auf – und verkörpert dadurch einen nicht unwesentlichen Aspekt von Erinnerungskultur: Durch Klicken auf das Startfoto der Gedenkstätte in Distomo lässt sich ein Trauerlied mit deutschen und griechischen Untertiteln abspielen. Darunter werden aktuelle Dokumente der geschichtspolitischen und juristischen Akteure gelistet, beispielsweise Pressemitteilungen der deutschen NGO AK Distomo, Drucksachen des Bundestags, offene Briefe von Angehörigen der Überlebenden an Bundespräsident Gauck, aber auch Gedichte. Von der Startseite aus lässt sich durch Weiterklicken das Thema Distomo umfangreich beleuchten. Es gibt Seiten zur Einleitung – hier, zum Massaker, über die Opfer und die Lebenden, über den Gedenktag, Veranstaltungen und (Jugend-)Begegnungen, Literaturempfehlungen und weiterführende Links; das Museum der Opfer wird vorgestellt, der Ort Distomo heute und die Geschichte der Region und vieles mehr. Einschränkend für den Unterricht kann es möglicherweise sein, dass es vor allem in der Einleitung Verweise auf philosophische Auseinandersetzungen mit Gedächtnis und Erinnerungskultur gibt von Agnes Heller und Hegel. Diese sind erklärungsbedürftig. Doch insgesamt ist es ein materialreiches Angebot, um zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zu recherchieren.

Web

<http://www.distomo-griechenland.de>

Reparationsforderungen Griechenlands an Deutschland – berechtigt oder nicht?

Spätestens, als im Frühjahr 2015 die griechische Schuldenkrise auf dem vorläufigen Höhepunkt angelangt war, wurden nicht nur aufseiten der neuen griechischen Regierung unter Alexis Tsipras und innerhalb der griechischen und teilweise auch der deutschen Gesellschaft immer wieder Stimmen laut, die darauf drangen, Deutschland zur Zahlung seiner Kriegsschulden und Reparationen zu verpflichten. In seinem Aufsatz in dieser Ausgabe hat Martin Schellenberg bereits darauf hingewiesen und ausführlich beschrieben, weshalb es in diesem Zusammenhang wichtig ist, sowohl die verschiedenen deutschen Verbrechen als auch die unterschiedlichen Forderungen Griechenlands voneinander zu unterscheiden und differenziert darzustellen.

FAQ der Kriegsschulden und Reparationsforderungen

Da die Kriegsschulden und Reparationsforderungen jedoch nicht selten sowohl von der Presse als auch im gesellschaftlichen Diskurs immer wieder miteinander vermischt und verwechselt werden, hat die Rechtsredaktion der ARD eine Art FAQ (Frequently Asked Questions) der Kriegsschulden und Reparationsforderungen erarbeitet und auf der Website der Tagesschau zur Verfügung gestellt.

Das Dossier, in dem die Thematik anhand verschiedener Fragen anschaulich und einfach dargestellt wird, ermöglicht einen sinnvollen Einstieg in die Problematik und bietet einen guten Überblick über die verschiedenen Diskurse und Konflikte, die sich an dem Thema entsponnen haben. Dabei bemühen sich die beiden Autoren Kolja Schwartz und Frank Bräutigam zwar um eine Darstellung aus einer rein juristischen Perspektive, verwenden dabei allerdings eine auch für Nicht-Jurist_innen gut verständliche Sprache. Dadurch, und auch aufgrund des übersichtlichen und ausführlichen, jedoch nicht überbordenden Inhaltes, bietet sich die Seite für eine Implementierung in den Unterricht an. Schüler_innen ab der Sekundarstufe I sollten in der Lage sein, sich das Thema anhand des angebotenen Materials und in kleinen Arbeitsgruppen selbstständig zu erarbeiten und anschließend zu präsentieren.

Informationen, Reaktionen, Diskurse und rechtliche Voraussetzungen

Zunächst geben die Autoren einen Überblick über die verschiedenen, infragestehenden Kriegsverbrechen sowie die damit in Verbindung stehenden griechischen Forderungen. Dabei erklären sie auf anschauliche Weise verschiedene juristische Fragen und Komplexe, zum Beispiel, worin der Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Darlehen und einer Zwangsanleihe besteht. Weiterhin wird ein Überblick sowohl über das bisherige Verhalten der beiden Regierungen und deren grundsätzliche Haltung in Bezug auf die Forderungen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

gegeben und erklärt, auf welchen rechtlichen Zusammenhängen das spezifische Verhalten beider Regierungen basiert. Da in diesem Kontext die Frage, ob die griechischen Forderungen seit Ende des Zweiten Weltkriegs bereits abgegolten wurden, den Diskurs bestimmt, gibt das Dossier außerdem einen Überblick über die verschiedenen Abkommen, die zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Feindstaaten seit Kriegsende geschlossen wurden – darunter das Londoner Schuldenabkommen von 1953, das spezifische Abkommen zwischen Deutschland und Griechenland aus dem Jahr 1960 sowie der viel diskutierte sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag.

Zusätzlich dazu stellen die Autoren Überlegungen an, welches Gericht für die Klärung der in diesem Zusammenhang zahlreichen offenen Fragen zuständig wäre, und geben einen Überblick über zurückliegende Klagen und Verfahren in diesem Kontext.

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Lebensbericht

Damit es die ganze Welt erfährt. Von Saloniki nach Auschwitz und zurück.

Von Anne Lepper

„Fünfzig Jahre danach ist noch alles lebendig in mir. Obwohl der Schmerz abgestumpft ist, mein Erstaunen und meine Überraschung werden jedes Mal größer, angesichts des Unverständlichen, was die menschliche Seele mit keiner Rechtfertigung, mit keiner Erklärung akzeptieren kann [...]. So viele Jahre sind vergangen, und ich konnte nicht erzählen, konnte nicht sprechen über die zweieinhalb Jahre, die ich im Konzentrationslager verbrachte, ohne etwas getan zu haben, um dieses Schicksal zu verdienen. Ich bin als Jüdin geboren, nur deshalb. Und plötzlich war es, als wäre eine Tür in meinem Gehirn geöffnet worden.“

Nachdem sich diese Tür in ihrem Gehirn geöffnet hatte, holte Erika Kounio-Amariglio alles heraus, was sie dort noch finden konnte. Es war keine leichte Aufgabe für sie, denn was sie dort fand, waren traumatische Erinnerungen an die Verfolgung, das Lager und den Tod. Doch es waren auch die Erinnerungen an Freundschaft, Solidarität und Hoffnung – jene Erfahrungen, die sie damals überleben ließen und die sie fünfzig Jahre später dazu ermutigten, weiter in ihrem Gedächtnis zu forschen und alles aufzuschreiben.

Eine jüdische Familie in Saloniki

Erika Kounio-Amariglio wuchs in bürgerlichen Verhältnissen am Rande der

nordgriechischen Stadt Saloniki auf. Ihr griechischer Vater betrieb in der Stadt, in der vor dem Holocaust die größte sephardische Gemeinde Europas lebte, ein namhaftes Fotogeschäft. Ihre Mutter, Tochter des renommierten jüdischen Architekten Ernst Löwy aus Österreich, wuchs in Wien und Karlsbad in gut situierten Verhältnissen auf und brach 1925 ihr Medizinstudium in Leipzig ab, um in Saloniki mit ihrem Mann ein neues Leben zu beginnen. Mit der Hilfe Ernst Löwys baute das junge Paar ein Haus direkt am Meer, in dem sie sich niederließen und zwei Kinder bekamen – 1926 Erika und ein Jahr später Heinz. Erika und ihr Bruder erlebten im Saloniki der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre eine glückliche und unbeschwerte Kindheit, frei von materiellen Sorgen und Ängsten. Sie verbrachten im Sommer jedes Jahr mehrere Wochen bei ihren österreichischen Großeltern und hatten in Saloniki einen weitreichenden Freundes- und Bekanntenkreis, der sowohl jüdische als auch nicht jüdische Familien umschloss. Zwar war sich die Familie Kounio ihrer jüdischen Herkunft durchaus bewusst und pflegte die verschiedenen, vonseiten des Vaters sephardisch, vonseiten der Mutter aschkenasisch geprägten Traditionen, doch waren den Kindern bis Ende der 1930er Jahre Diskriminierungen aufgrund ihres Jüdischseins vollkommen fremd.

Erste Erfahrungen von Antisemitismus

1939 beschloss die Familie unter den Eindrücken der Novemberpogrome von

1938 und der Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939, im Sommer zum ersten Mal nicht nach Karlsbad in die Ferien zu fahren. Stattdessen kamen die Großeltern nach Griechenland, nicht in den Urlaub, sondern um dort zu bleiben. Was das bedeutete, darüber waren sich die Kinder Erika und Heinz nicht bewusst, sie freuten sich zunächst noch recht unbekümmert über die dauerhafte Anwesenheit ihrer Großeltern. Anders als die Großmutter war der Großvater, Ernst Löwy, mit gemischten Gefühlen aus seiner Heimat fortgegangen. Er hatte im Ersten Weltkrieg als Hauptmann auf deutscher Seite gekämpft und glaubte aus voller Überzeugung an die Rechtschaffenheit und die zivilisatorischen Grundsätze des deutschen Volkes – ein Glaube, der ihm einige Jahre später zum Verhängnis werden sollte, als er freiwillig sein Versteck bei einer christlichen Familie aufgab und sich mit all seinen Auszeichnungen und Diplomen selbst bei der Gestapo meldete, die ihn daraufhin geradewegs in die Gaskammern von Auschwitz führte.

Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation

In ihren Erinnerungen schildert Erika Kounio-Amariglio, in welchem rasendem Tempo die Radikalisierung im Rahmen der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden Salonikis von den deutschen Besatzern im Frühjahr 1943 betrieben wurde. Am 8. Februar 1943 informierte man die jüdische Bevölkerung darüber, dass von nun an auch in Griechenland die Nürnberger Gesetze Anwendung finden würden. Juden und

Jüdinnen war es damit verboten, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen und das Tragen des gelben Sterns wurde zur Pflicht. Parallel dazu wurde mit der Konzentration der jüdischen Bevölkerung in Ghettos begonnen, die bereits am 25. Februar ihren Abschluss fand. Das Leben der Ghettobewohner_innen wurde jedoch schon kurze Zeit später erneut auf den Kopf gestellt, als am 20. März die Deportationen nach Auschwitz begannen. In ihren Erinnerungen beschreibt Erika Kounio-Amariglio, wie die Verordnungen, Verbote und Bekanntmachungen im Frühjahr 1943 auf die jüdische Bevölkerung geradezu einprasselten. Verunsichert, eingeschüchtert und überfordert konnten die meisten nur reagieren, ein selbstbestimmtes Handeln und Versuche zur eigenen Rettung waren unter diesen Umständen praktisch nicht möglich.

Die Kounios, völlig verzweifelt ob der neuen Lebensumstände im Ghetto, entschieden sich dazu, freiwillig den ersten Transport nach Auschwitz – von dem sie damals noch nicht wussten, was es bedeutete – zu besteigen. Dieser Umstand stellte sich für die Familie als „glücklicher Zufall“ heraus, da sie die einzigen in dem 2800 Personen umfassenden Transport waren, die deutsch sprachen. In Auschwitz angekommen, wurden sie daher direkt von der Gruppe abgesondert und – die beiden männlichen Familienangehörigen von den weiblichen getrennt – als Dolmetscher_innen für die nun stetig eintreffenden

Lernen aus der

■ Geschichte

griechischen Gefangenen eingesetzt. Erika und ihre Mutter kamen kurze Zeit später in die „Politische Abteilung“, die Gestapo-Dienststelle von Birkenau, wo sie als „Schreiberinnen des Todes“ all die Verbrechen dokumentierten und archivierten, die die Deutschen später zu vertuschen versuchten. Beide arbeiteten bis zum Schluss für die „Politische Abteilung“, ab Juni 1943 als zwei der wenigen Frauen im Stammlager von Auschwitz.

Erika Kounio-Amariglio versuchte sich all das, was sie während ihrer Arbeit für die „Politische Abteilung“ sah und las, so gut sie konnte zu merken. Sie wollte später, sollte sie das Lager überleben, Zeugnis ablegen von dem, was sie gesehen hatte, „damit es die ganze Welt erfährt“.

Im Januar 1945 trieb man Erika und ihre Mutter auf einen der Todesmärsche. Sie erreichten nach einigen schrecklichen, eisigen Tagen das KZ Ravensbrück, von dem sie zwei Wochen später in ein Außenlager, das Arbeitslager Malchow, gebracht wurden. Am 1. Mai mussten sich die Frauen jedoch erneut auf einen Todesmarsch begeben. Die Straßen waren gesäumt von toten KZ-Häftlingen, die vor Entkräftung gestorben oder bei dem Versuch zu fliehen erschossen worden waren. Dennoch entschieden sich auch Erika und ihre Mutter gemeinsam mit drei anderen Griechinnen für die Flucht. Sie konnten entkommen, und die Frauen verstecken sich in einer alten Scheune, wo sie die Ankunft der Roten Armee erwarteten.

Empfehlung Lebensbericht

Befreiung – und dann?

Nach der Befreiung verbrachten Erika und ihre Mutter einige Zeit in einem sogenannten DP-Camp (Displaced Persons), bevor sie mit einigen Bekannten nach Belgrad reisten in der Hoffnung, von dort aus leichter nach Griechenland gelangen zu können. Dort erfuhren sie von einem in der Schweiz lebenden Verwandten, dass wie durch ein Wunder auch der Vater und der Bruder Auschwitz und den Todesmarsch überlebt hatten und in Saloniki bereits sehnsüchtig die Ankunft der beiden Frauen erwarteten. Mehr als zwei Jahre nach ihrer Deportation war die Familie im Sommer 1945 vereint und konnte in ihrer Heimatstadt ihr altes, neues Leben wieder aufnehmen. In ihren Erinnerungen schildert Erika Kounio-Amariglio jedoch auch die Schwierigkeiten, mit denen die wenigen Heimkehrenden zu kämpfen hatten. Ohne die traumatischen Erfahrungen des Krieges und der Verfolgung verarbeitet zu haben, fanden sie sich in einer Stadt wieder, die nicht mehr viel gemein hatte mit der, die sie 1943 verlassen hatten. Ganze Familien waren ausgelöscht worden, ihre Häuser waren entweder verwahrlost oder von nicht jüdischen Familien bewohnt, das Eigentum zum Großteil verloren bzw. geraubt und in Griechenland tobte ein Bürgerkrieg. Dennoch war die Zeit geprägt von Hoffnung und Neuanfang, wie viele der Überlebenden heiratete auch Erika Kounio-Amariglio bereits kurze Zeit nach ihrer Rückkehr und gründete eine eigene Familie.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Damit die ganze Welt es erfährt

Das Buch von Erika Kounio-Amariglio, das 1996 im Hartung-Gorre Verlag erschienen ist, ist ein bewegendes Zeugnis einer jungen Frau, die trotz der entmutigenden und traumatischen Erfahrungen, die sie in ihrer über zwei Jahre andauernden Gefangenschaft erleben musste, nie die Hoffnung aufgab. Gemeinsam mit ihrer Mutter kämpfte sie um das Überleben, um ihre Angehörigen wiederzusehen und von dem Erlebten zu berichten. In ihren Aufzeichnungen synchronisiert sie ihre eigenen Erinnerungen mit dem von Danuta Czech herausgegebenen „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau“. Durch die von ihr so hergestellte Kontextualisierung, basiert ihr Zeugnis auf einer historisch-wissenschaftlichen Genauigkeit, die das Erzählte leicht in die übergeordneten Vorgänge und Geschehnisse einordnen lässt. Nicht nur deshalb, sondern auch, weil das Buch Erika Kounio-Amariglios eines der sehr wenigen Zeugnisse griechisch-jüdischer Überlebender darstellt, ist die Lektüre daher sehr zu empfehlen.

Empfehlung Lebensbericht

Literatur

Erika Myriam Kounio-Amariglio (Autorin), Erhard Wiehn (Hrsg.): Damit es die ganze Welt erfährt: Von Saloniki nach Auschwitz und zurück 1926-1996. Hartung-Gorre Verlag, Konstanz 2003 (2.Auflage). 180 Seiten.

Lore Shelley: Schreiberinnen des Todes. Lebenserinnerungen von Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mussten. AJZ Verlag, Bielefeld 1992. 382 Seiten.

Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945. Rowohlt Verlag, 1989 (2. Auflage). 1060 Seiten.

Because of That War

Von Gerit-Jan Stecker

Vier Menschen, zwei Generationen: Den Experimental-Musiker Yehuda Poliker und seinen Produzenten Ya'akov Gilad verbinden nicht nur Freundschaft und Musik. Yehudas Vater Jaco Poliker stammt aus Saloniki (heute Thessaloniki). Die Nationalsozialisten deportierten ihn nach Auschwitz. Als einziger seiner Familie überlebte Jaco Poliker. Ya'akovs Mutter Halina Birenbaum war zehn Jahre alt, als die Deutschen Warschau besetzten. Nur knapp entrannte sie der Gaskammer in Auschwitz-Birkenau und überlebte den Todesmarsch.

Die Erinnerung daran können sie, die erste Generation, nicht loswerden. Jaco Poliker und Halina Birenbaum sind sehr unterschiedliche Menschen, und doch ähneln sie sich im Umgang mit ihren Traumata. Beinahe täglich erzählen sie davon, versuchen verzweifelt, ihr Lebensgrauen zu begreifen und dadurch erträglicher zu machen. Ihre Kinder müssen zuhören. Obwohl sie es eigentlich nicht mehr ertragen können, die immer wiederkehrenden Alpträume ihrer Eltern, deren übersteigerte Verlustängste, die daraus resultierenden Verbote, Störungen und Einschränkungen, selbst noch als Erwachsene. „Es sind viele Traumata. Immer geschah etwas Neues“, sagt Yehuda gleich zu Beginn, als er vom Ereignis berichtet, das sein Stottern auslöste: Sein Vater Jaco hatte infolge des Hungers im KZ die Angewohnheit, Brot in großen Bissen zu verschlingen. Eines Tages, als Yehuda fünf oder sechs

Jahre alt war, erstickte sein Vater beinahe an einem Stück Brot. Während Yehuda diese Szene beschreibt, verstärkt sich sein Stottern immer mehr. Ya'akov erzählt, wie seine Kindheit vollständig davon bestimmt war, Kind von Überlebenden zu sein. Im Gegensatz zu den anderen Kindern hatte er keine Onkel, Tanten, Großeltern usw. Seine Kinderspiele bezog seine Mutter Halina permanent auf ihre Kindheit im Ghetto.

Der Film „Because of That War“ (Heb.: „Biglal Ha'Milchama Hahi“, Dt.: „Wegen dieses Krieges“) von Orna Ben-Dor Niv zeigt, wie diese beiden Generationen mit der Erfahrung eines wahr gewordenen Albtraums umgehen, die die ganze Familie bestimmt. Er wirft die Frage nach der Vererbung von Traumata auf und thematisiert die besondere Situation der „zweiten Generation“ von Sho'a-Überlebenden. In Deutschland erhält dieses Thema erst seit kurzem nennenswerte Aufmerksamkeit. So organisierte der „Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte“ im Jahr 2015 eine Fachkonferenz mit dem Ziel, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, Forschungslücken zu benennen und Impulse zu geben, wie auf die Bedürfnisse der „zweiten Generation“ reagiert werden kann.

Hauptsächlich in Dialogszenen erzählt „Because of That War“ zurückhaltend und eindringlich zugleich von einem Leben, das dominiert wird von Schuldgefühlen – von der Schuld, anstelle der Familie und Freunde überlebt zu haben, den Eltern nicht wirklich helfen zu können, das Leben der Kinder zu erdrücken. Der Film zeigt aber

Lernen aus der ■ Geschichte

Empfehlung Film/DVD

auch, wie sie individuell und produktiv damit umgehen: Yehuda und Ya'akov verarbeiten in ihrer von bewussten Brüchen und Lücken gekennzeichneten Musik die Geschichten ihrer Eltern; Ya'akovs Mutter schreibt sogar Texte für diese Lieder, veröffentlicht Werke und Gedichte ermordeter Schriftsteller; sie hält Vorträge und schreibt eine Biografie über Yaco Poliker.

Es ist ein Verdienst von „Because of That War“, die Auswirkungen der Sho'a auf die Kinder der Überlebenden als Dokumentarfilm öffentlich zu machen. Zugleich liefert der Film einen spannenden Beitrag zur Frage, ob und in welcher Form die Vernichtung der Juden überhaupt künstlerisch bearbeitet werden kann. Der Film kann über das Arsenal – Institut für Film und Videokunst e.V. geliehen werden.

Informationen

Orna Ben-Dor Niv: „Because of That War“ Manor Productions Ltd., Israel 1988, 93 Minuten

Verleih:

Arsenal - Institut für Film und Videokunst e.V.

Potsdamer Str. 2, Berlin

Tel.: +49 030 26955-100

Fax: +49 030 26955-111

mail@arsenal-berlin.de

<http://films.arsenal-berlin.de>

„Ich sagte mir: Ich komme hier raus!“

Die Geschichte des Owadjah Baruch

Von Anne Lepper

„Ich bin der glücklichste Mensch der Welt.“ Mit den Worten beginnt der Film über Owadjah Baruch, der im März 1943 mit seiner Familie aus seiner Heimatstadt Thessaloniki in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verschleppt wurde. Seine Eltern und seine Schwestern ermordeten die Deutschen unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Gaskammern von Birkenau. Er selbst wurde als einer der Wenigen seines Transportes zur Arbeit im Lager ausgewählt. Angesichts des unermesslichen Leids und der schrecklichen Erlebnisse, die der griechische Jude während seiner mehr als zwei Jahre andauernden Gefangenschaft erfahren musste, erscheinen seine Worte am Anfang des Filmes überraschend und irritierend. Doch Baruch, der nach dem Krieg nach Israel auswanderte, hat sowohl während der Zeit im Lager als auch danach nie die Hoffnung auf ein glückliches und zufriedenes Leben aufgegeben. Grund dafür, dass er sich immer wieder zum Weitermachen zwang, war nicht zuletzt seine spätere Ehefrau Alisa Zarfati, eine Jüdin aus seiner Heimatstadt, die er in Auschwitz kennenlernte und mit der sich trotz der liebes- und lebensfeindlichen Umstände im Todeslager eine Liebesgeschichte entspann. Die Internationale Schule für Holocaust-Studien an der Gedenkstätte Yad Vashem

in Jerusalem hat in Zusammenarbeit mit dem Multimedia-Zentrum der Hebräischen Universität Jerusalem einen Dokumentarfilm produziert, der die berührende und außergewöhnliche Geschichte Owadjah Baruchs erzählt.

Von Israel nach Saloniki

Im Rahmen der Dreharbeiten hat sich Owadjah Baruch noch einmal an die Orte seiner Vergangenheit begeben. Jahrzehnte später streift er durch die Straßen von Saloniki und erzählt dabei von der Kindheit in seinem Viertel Baron-Hirsch, dem Besuch einer jüdischen Schule, den zahlreichen Kinderstreichen und der beginnenden Verfolgung durch die Nationalsozialisten nach der Besetzung Griechenlands durch die Nationalsozialisten. Er beschreibt das Bild auf der Straße am Tag, nachdem die Deutschen die öffentliche Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung auch in Griechenland anordneten und die Gefühle, die das Tragen des gelben Sterns in ihm hervorriefen. Er besucht noch einmal die Orte, die vor der Shoah das Zentrum des jüdischen Lebens in Saloniki bildeten – die ehemalige Synagoge, das jüdische Viertel, den jüdischen Friedhof – und es wird deutlich, dass die Welt, in die er hineingeboren wurde und in der er aufwuchs, für immer verloren ist.

Zurück an den Ort des Schreckens

Die jüdische Welt Salonikis ging verloren, als die Deutschen im März 1943 damit begannen, die gesamte jüdische Bevölkerung – fast 70 Prozent der

Einwohner_innen der Stadt – nach Auschwitz zu deportieren und dort zu ermorden. Nur etwa 4 Prozent der über 55.000 deportierten Juden und Jüdinnen überlebten und nur wenige von ihnen hatten später die Kraft, auf den Scherben ihrer alten Welt eine neue zu errichten.

Owadjah Baruch kam am 21. März 1943 an der Rampe in Auschwitz an. Unmittelbar von seiner Familie getrennt, wurde er zur Zwangsarbeit ausgewählt und in ein Außenlager von Auschwitz, Babitz, gebracht. Später, nachdem ihn ein Mitgefangener als Maschinenschlosser ausgab, kam er zur Arbeit in die Union-Fabrik, in der Bomben und Munition hergestellt wurden. Dort lernte er Alisa kennen, die ebenfalls zur Arbeit in den Unions-Werken gezwungen wurde, und es entwickelte sich eine heimliche Liebesgeschichte zwischen den beiden. Alisa, damals gerade mal sechzehn Jahre alt, wurde im berüchtigten Block 10 des Stammlagers in Auschwitz Opfer medizinischer Versuche, im Rahmen derer weibliche Häftlinge zu experimentellen Zwecken sterilisiert, verstümmelt und gequält wurden. Nur aufgrund des mutigen Handelns eines jüdischen Arztes, der die Operationen an den Frauen nicht wie vorgesehen durchführte, blieb Alisa trotz des Eingriffs gebärfähig.

„Ich sagte mir: Ich komme hier raus!“

Zusammen mit Tausenden anderen Gefangenen zwang man auch Owadjah Baruch im Januar 1945 auf einen der Todesmärsche Richtung Westen. Er

überlebte den tagelangen Marsch und traf völlig entkräftet im Konzentrationslager Mauthausen in Österreich ein. Dort versuchte er während der letzten Wochen seiner Gefangenschaft verzweifelt, sich bei der Arbeit im Steinbruch am Leben zu halten. Nach der Befreiung durch die amerikanische Armee brachte man ihn in ein österreichisches Krankenhaus, wo er nach einigen Monaten genügend Kraft gesammelt hatte, um nach Griechenland zurückzukehren. Dort traf er Alisa wieder, die ebenfalls den Todesmarsch überlebt und aus Deutschland zurückgekehrt war. Die beiden heirateten und bestiegen ein Schiff, das sie auf illegalem Wege nach Israel brachte. Dort bauten sie sich ein neues Leben auf, bekamen zwei Kinder und fanden nach und nach einen Umgang mit den erlittenen Traumata.

„Zeitzeugen und Pädagogik“

Es ist den Macher_innen des Filmes gelungen, ein berührendes und einfühlsames Bild von der Lebensgeschichte Owdjah Baruchs zu zeichnen – eine Geschichte, die Leidens- und Liebesgeschichte zugleich ist. Mit den Augen des Protagonisten wandert man durch die Stationen seines Lebens und am Ende fällt es schwer zu sagen, ob man traurig oder glücklich ist. So oder so, es ist ein Film der Hoffnung macht. Hoffnung, dass – so platt es klingen mag – am Ende manchmal doch die Liebe siegt.

Der Film ist Teil des Projektes „Zeitzeugen und Pädagogik“, in dem Überlebende

ihre Geschichte vor, während und nach der Shoah erzählen. Die sieben verschiedenen, in diesem Rahmen entstandenen Filme porträtieren jeweils eine_n Überlebende_n und wurden vor Ort an den historischen Schauplätzen gedreht. Informationen zu den einzelnen Filmen sowie eine Bestellmöglichkeit finden sich auf der Website der Internationalen Schule für Holocaust-Studien. Dort hat man außerdem auch Zugang zu dem Konzept einer Unterrichtseinheit, die sich anhand der Filme des Projektes mit dem Thema „Individuum und Gemeinschaft“ auseinandersetzt.

Informationen

„Dir in Liebe gedenken. Die Geschichte des Owdjah Baruch.“ The International School for Holocaust Studies & The Center for Multimedia Assisted Instruction, Hebrew University of Jerusalem. Israel 2008, 47 Minuten. DVD, 9 \$.

„Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig.“ Hintergründe zu den Gräbern ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg

Von Nadja Grintzewitsch

Ausländische Patient_innen in nationalsozialistischen Heil- und Pflegeanstalten wurden gleich doppelt diskriminiert: Neben einer vermuteten oder tatsächlichen psychischen Krankheit war es auch ihre Herkunft, die den Ärzten ein willkommener Anlass war, neben der gezielten Vernachlässigung ihrer Schutzbefohlenen auch vor Mord nicht zurückzuschrecken.

Carola S. Rudnick hat sich in ihrer neuen Studie den über 80 Gräbern der Kriegsgräberstätte auf dem Lüneburger Friedhof Nord-West gewidmet. Grundlage bildeten Materialien aus dem Niedersächsischen Landesarchiv und dem Stadtarchiv Lüneburg, hauptsächlich Krankenakten und Begräbnislisten des Friedhofs. Gemeinsam mit 46 Auszubildenden der Pflegeberufe recherchierte sie in mehrtägigen Seminaren 45 fragmentarische Lebensgeschichten von Menschen, die in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg ums Leben kamen. Unter den Verstorbenen befanden sich unter anderem Zwangsarbeiter_innen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung von ihren Arbeitgeber_innen gemeldet und nach Lüneburg verlegt worden waren. Die Patient_innen kamen aus 13 verschiedenen Ländern und starben vergleichsweise

jung: Das Durchschnittsalter der Frauen lag bei ca. 30 Jahren, das der Männer bei 35 Jahren. Etwa ein Drittel der Patientenakten blieb erhalten.

Aufbau

Ausführlich beschreibt die Autorin zunächst die Geschichte der Kriegsgräberstätte Lüneburg und geht auch auf die Schwierigkeiten der verschiedenen Namensschreibweisen der Opfer ein. Letzteres ist vor allem auf menschliches Versagen zurückzuführen: Gleich mehrfach passierten Übertragungsfehler in den vorhandenen Namenslisten, Sterbedatum und Tag des Begräbnisses wurden gleichgesetzt. Wo es ihr möglich war, rekonstruierte Carola S. Rudnick die Schreibweisen und Lebensdaten der Opfer. Im weiteren Verlauf der Studie sind Fallbeispiele nachzulesen, die in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen entstanden. Hierbei wurde nach Todesumständen unterteilt. Im Folgenden sollen einige Beispiele aus der Studie genannt werden.

Todesursache: Gezielte Vernachlässigung

Es waren, wie bereits bekannt, vor allem Mangelernährung und Medikamentenüberdosierungen, mit denen Patient_innen der nationalsozialistischen Heil- und Pflegeanstalten in der sogenannten zweiten Phase der Krankenkurdaktionen ab Sommer 1941 getötet wurden. Aber auch das Desinteresse der Ärzte an den Kranken führte zu zahlreichen Todesfällen. In mindestens einem nachgewiesenen Fall aus Lüneburg war dem Arzt Dr. Rudolf Redepenning seine

Weihnachtspause offenbar wichtiger als ein Menschenleben. So wurde der sowjetische Landarbeiter Stephan Lapikow gemeinsam mit 33 anderen Patient_innen Mitte Dezember 1944 in Lüneburg eingewiesen. Die erste Aufnahmeuntersuchung durch Redepenning fand jedoch erst am 3. Januar 1945 statt, also gut drei Wochen später. Zu diesem Zeitpunkt war der 37-jährige Patient bereits zwei Wochen tot. Die angebliche Todesursache: Erschöpfung „ohne besondere Krankheitserscheinungen“ (S. 67).

Der Handlungsspielraum der Ärzte wird an diesem Beispiel deutlich. Die weiblichen Neuankömmlinge wurden zwar zum selben Zeitpunkt im Dezember 1944 eingeliefert, jedoch in einem anderen Haus untergebracht und unterstanden einem anderen Arzt. In ihrem Fall hielt der namentlich unbekannte Arzt alle Formalien ein. Die erste Untersuchung fand einen Tag nach Ankunft der Patientinnen unter Anwesenheit eines Dolmetschers statt. Aus den Akten ist zu entnehmen, dass dementsprechend auch die Überlebensrate der eingelieferten Frauen vom Dezember 1944 geringfügig höher war als die der Männer.

Diskriminierung bis zum Tod und darüber hinaus

Erschreckend oft ist in den Krankenakten vermerkt, in welchem schlechtem Zustand die Patient_innen bereits in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg ankamen. Häufig waren sie völlig abgemagert und mit Ungeziefer übersät. Dies ist ein sicherer Hinweis darauf, dass die vorsätzliche

Unterversorgung und Vernachlässigung bereits in den Zwangsarbeiterlagern begann. In Lüneburg setzte sich diese Behandlung fort. Blutuntersuchungen wurden bei den ausländischen Erkrankten meist nicht angeordnet, auch Fieberkurven oder Wiegetabellen suchten die Forscher_innen in den Krankenakten oft vergeblich. Carola S. Rudnick merkt an, dass die behandelnden Ärzte im Vergleich auch viel ausführlichere Einträge zu deutschen Patient_innen machten. Zudem wurden im Todesfall die Eltern ausländischer Patient_innen eher nicht benachrichtigt (S.29), obwohl die Kontaktdaten in vielen Fällen bekannt waren. Und nicht zuletzt: Dass bestimmte Krankheitsbilder möglicherweise durch Kriegserlebnisse, Zwangsarbeit oder Trennung von der Familie ausgelöst wurden, spielte für die behandelnden Ärzte keine Rolle. Gleich mehrfach wird in den Artikeln der Studie auf diesen Umstand hingewiesen.

Mordaktionen an Kindern

Ein besonderes Augenmerk der Studie liegt auf der Gruppe von Kindern mit Behinderungen, die entweder als Kinder von Zwangsarbeiterinnen geboren wurden oder als Kinder ausländischer Flüchtlinge im Zuge des Vorrückens alliierter Truppen nach Deutschland kamen. Von den einstmalig 305 Kindergräbern der Kinderfachabteilung Lüneburg sind heute nur vier erhalten, auch weil minderjährige Tote nicht explizit unter die Fassung des Kriegsgräbergesetzes von 1952 fielen. Carola S. Rudnick kommt zu dem Schluss, dass die

Schwelle zur Ermordung bei ausländischen Kindern mit Behinderungen besonders niedrig lag (S. 119). Zum einen ließen sich die Morde besonders gut vertuschen. Waren die Eltern nämlich in Zwangsarbeiterlagern untergebracht, so war mit Besuch nicht zu rechnen. Zum anderen bedeuteten die Kinder aufgrund der Sprachbarriere für das Klinikpersonal offenbar eine zusätzliche Belastung. Und nicht zuletzt verursachte die Pflege der ausländischen Kinder auch Kosten, welche die Heil- und Pflegeanstalt nicht auf die Eltern umlegen konnte und nur unter Mühe vom Staat zurückerstattet bekam.

Es macht einen stutzig, dass in einigen Krankenakten gleich mehrfach Besuche der Eltern zu erkennen sind, die jedoch nicht dem Kind, sondern dem behandelnden Arzt galten. Meist verstarben die Kinder anschließend innerhalb weniger Wochen. Was genau die Eltern mit den Ärzten im mündlichen Gespräch vereinbarten, kann man nur mutmaßen. In den Aktenauszügen und der schriftlichen Korrespondenz mit den Eltern – beides dankenswerterweise oft gleich im Original mit abgedruckt – lassen sich keine Hinweise auf Mordabsprachen finden. Ausgeschlossen ist dies jedoch nicht.

Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgeschichte

Ein besonderer Verdienst der Studie von Carola S. Rudnick ist, dass sie sich auch der Nachkriegspsychiatrie widmet. In den dreitägigen Seminaren in der Gedenkstätte Lüneburg stellten die Jugendlichen fest,

dass die Sterberate in den Anstalten nach Mai 1945 fast unverändert hoch war. Die Tatsache, dass 1945 und 1946 noch zahlreiche Patient_innen starben, wird auf die schlechte allgemeine Versorgungslage im Nachkriegsdeutschland zurückgeführt. Jedoch bleibt nicht unerwähnt, dass die behandelnden Ärzte und Krankenpfleger_innen, die sich an Krankenmorden beteiligt hatten, noch monate-, teilweise jahrelang in den Kliniken beschäftigt blieben. Einige Fälle jedoch machen stutzig. So starb die 47-jährige Thekla Horeczka im September 1945 angeblich an „Typhus abdominales“, dies wurde auch so in ihre Todesurkunde eingetragen. Aus der gleichen Krankenakte geht jedoch hervor, dass in ihrem Stuhl keinerlei Typhuserreger nachgewiesen worden waren. Behandelnder Arzt war Dr. Gustav Marx, NSDAP-Mitglied seit 1933 und seit 1936 in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg tätig.

Aufgelockert werden die Texte durch Fotos, die die Auszubildenden während der Seminare in der Gedenkstätte Lüneburg offenbar als „Erinnerungszeichen“ aufnahmen. Ein Infusionsbeutel mit Kochsalzlösung, kombiniert mit den Worten „Das hätte gereicht!“, eine altertümliche Spritze auf einer Bettdecke; eine Tonmaske, der Mund wie zu einem Schrei verzerrt, umgeben von Immergrün. Nicht immer sprechen die Bilder für sich, an manchen Stellen hätte man sich eine ausführlichere Bildunterschrift oder einen Kommentar eines oder einer Teilnehmer_in gewünscht. Dies tut der verdienstvollen Regionalstudie insgesamt jedoch keinen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Neu eingetroffen

Abbruch. Es wäre wünschenswert, wenn sie in Zukunft Nachahmer_innen findet, die sich mit der doppelt stigmatisierten Opfergruppe der ausländischen Patient_innen, insbesondere aber auch mit der deutschen Nachkriegspsychiatrie auseinandersetzen.

Literatur

Carola S. Rudnick: „Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig.“ Hintergründe zu den Gräbern ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg, Husum Verlag, 144 Seiten, 9,95 Euro

Dr. phil. Carola S. Rudnick, Studium der Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg, 2004 Magisterabschluss, 2005-2009 Graduierten-Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009-2011 Leitung des Pädagogischen Zentrums der Gedenkstätte Bergen-Belsen, 2011 Promotion in Geschichte zum Thema „Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989“, seit 2011 freiberuflich tätig, 2012-2015 Projektleitung des aus ESF-Mitteln geförderten Projektes „Vielfalt achten, Teilhabe stärken. Lüneburger Inklusionsschulung“, wissenschaftliche und pädagogische Leitung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg.

Unser nächstes Magazin erscheint am 27.02.2016 und trägt den Titel „Bevölkerungstransfers und Zwangsmigration im Rahmen des Zweiten Weltkrieges“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper, Gerit-Jan Stecker

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.